

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

[2017/201389]

**20. FEBRUAR 2017 — Programmdekret 2017**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Personenbezogene Angelegenheiten*

*Abschnitt 1 — Gesundheit*

**Artikel 1** - In das Dekret vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgendes Kapitel *IIter*, das die Artikel 10.2 bis 10.6 umfasst, eingefügt:

„Kapitel *IIter* - Ansteckende Krankheiten

Art. 10.2 - § 1 - Jeder erwiesene oder mögliche Fall einer ansteckenden Krankheit gemäß Paragraf 4 ist im deutschen Sprachgebiet meldepflichtig.

Unbeschadet des Absatzes 1 ist jeder Krankheitsfall mit ungewisser Diagnose, der aber einen unbestreitbaren epidemischen Charakter oder die Symptomatologie einer schweren epidemischen Erkrankung aufweist, ebenfalls meldepflichtig.

Die in Paragraf 2 erwähnten Personen melden jede Situation, die die Merkmale einer anderen ansteckenden Krankheit oder einer anderen Epidemie aufweist als die, die in Ausführung von Paragraf 4 festgelegt sind, selbst wenn die Diagnose nicht endgültig feststeht.

§ 2 - Der behandelnde Arzt, der Verantwortliche eines Labors für klinische Biologie und der Arzt, der insbesondere mit der medizinischen Kontrolle in Schulen, in Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche wohnhaft sind, in Betrieben oder in Alten- und Pflegeheimen beauftragt ist, unterliegen der Meldepflicht.

§ 3 - Die Meldung erfolgt beim Arzt-Hygieneinspektor, der von der Regierung bestellt wird.

Die Meldung beinhaltet zumindest folgende Angaben:

1. die Art der Krankheit oder Pathologie;
2. die Namen und Vornamen der meldenden Person, ihre Festnetz-, Handy- und Faxnummer sowie ihre Anschrift und E-Mail-Adresse;
3. die Namen und Vornamen, das Geburtsdatum, den Wohnsitz des Kranken sowie, soweit möglich, den Beruf und gegebenenfalls die von ihm besuchte Unterrichtseinrichtung oder seinen Arbeitsplatz.

§ 4 - Die Regierung bestimmt:

1. die Liste der ansteckenden Krankheiten;
2. das Verfahren der Meldepflicht.

Art. 10.3 - Nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister der Gemeinde, in der die Maßnahme umgesetzt werden muss, und nach Rücksprache mit den behandelnden Ärzten kann der Arzt-Hygieneinspektor insbesondere folgende vorbeugende Maßnahmen treffen oder durch den Bürgermeister treffen lassen:

1. den angesteckten Personen, die die Infektion übertragen könnten, den physischen Kontakt zu anderen Personen verbieten, solange sie eine besondere Gefahr für die Volksgesundheit darstellen;
2. die Personen, die nach einem Kontakt mit einer infizierten Person oder einer anderen Ansteckungsquelle infiziert sein könnten und durch den Kontakt zu anderen Personen die Infektion übertragen könnten, einer medizinischen Untersuchung unterziehen;
3. die angesteckten Personen, die die Infektion übertragen könnten, zu einer geeigneten medizinischen Behandlung verpflichten;
4. den Personen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeiten eine Infektion übertragen könnten, die Ausübung ihrer Tätigkeiten verbieten oder sie einer medizinischen Untersuchung unterziehen, solange sie eine besondere Gefahr für die Volksgesundheit darstellen;
5. einen Krankenhausdienst zur Isolation der angesteckten Personen oder der Personen, die mit einer hochgradig ansteckenden Krankheit infiziert sein könnten, beschlagnehmen. Die Beschlagnehmung wird der Direktion der betroffenen Einrichtung, die zur umfassenden Mitarbeit bei der Anwendung der vorbeugenden Maßnahmen verpflichtet ist, umgehend mitgeteilt;
6. die Desinfektion der infizierten Gegenstände und Räumlichkeiten anordnen;
7. die Behandlung, die Isolation oder das Töten von Tieren anordnen, die eine Gefahr für den Menschen darstellen, mit Ausnahme der Ansteckungsgefahr durch den Verzehr dieser Tiere.

Art. 10.4 - § 1 - Der Arzt-Hygieneinspektor oder, auf seinen Antrag hin, der zuständige Bürgermeister können:

1. Ratschläge, Aufforderungen sowie mündliche oder schriftliche Befehle geben;
2. zu allen Orten und Räumlichkeiten, in denen eine mögliche Ansteckungsquelle vermutet oder festgestellt wird, zwischen 5 und 21 Uhr einen freien Zugang haben, ausschließlich um eine Ansteckungsquelle festzustellen und vorbeugende Maßnahmen gemäß Artikel 10.3 zu treffen. Zwischen 21 und 5 Uhr ist der Zugang auf das Treffen von Notfallmaßnahmen beschränkt, die nicht hinausgezögert werden können, um der Verbreitung der ansteckenden Krankheit, die eine besondere Gefahr für die Volksgesundheit darstellt, vorzubeugen;
3. die Verstöße gegen die gemäß Artikel 10.2 vorgeschriebene Meldepflicht und die Missachtung der gemäß Artikel 10.3 getroffenen vorbeugenden Maßnahmen durch Protokolle feststellen, die bis zum Beweis des Gegenteils Beweiskraft haben. Eine Abschrift des Protokolls wird dem Zuwiderhandelnden innerhalb von fünf Arbeitstagen ab Feststellung des Verstoßes per Einschreiben zugestellt;
4. die Beendigung oder die vollständige oder teilweise Schließung des Ortes, der Räumlichkeit oder der Einrichtung anordnen, die die Ursache für die Ansteckung sein kann, wenn sie feststellen, dass die in Anwendung von Artikel 10.3 auferlegten Maßnahmen nicht beachtet wurden, wenn die Aufforderungen oder Befehle nicht beachtet wurden oder wenn eine Bedrohung oder eine ernste Gefahr für die Volksgesundheit besteht;
5. alle Personen über Tatsachen befragen, deren Kenntnis für die Ausübung ihres Auftrags nützlich ist;
6. alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels und seiner Ausführungserlasse eingehalten werden;
7. die Unterstützung von Vertretern der öffentlichen Gewalt für die Ausübung ihres Auftrags beantragen.

Die in Absatz 1 erwähnten Befugnisse werden ausschließlich im Rahmen der Aufgaben des Arzt-Hygieneinspektors und des zuständigen Bürgermeisters, insbesondere was die Ausführung verwaltungspolizeilicher Aufgaben betrifft, ausgeübt, insofern dies im Interesse der Volksgesundheit im Hinblick auf das Treffen vorbeugender Maßnahmen notwendig ist.

Bei Bedarf kann sich der Arzt-Hygieneinspektor von einem bevollmächtigten Arzt ersetzen lassen, der zu diesem Zweck von der Regierung bestellt wird.

§ 2 - Der Arzt-Hygieneinspektor setzt sich falls notwendig mit anderen für diesen Bereich zuständigen nationalen, ausländischen oder internationalen Gesundheitsbehörden in Verbindung, um Daten zu sammeln und auszutauschen und die Verbreitung der Infektionen zu verhindern.

Art. 10.5 - § 1 - Der Arzt-Hygieneinspektor oder die unter seiner Verantwortung handelnde Fachkraft der Gesundheitspflege erhalten die in Artikel 10.2 angeführten Meldungen und bewahren sie in jeder beliebigen Form, einschließlich in elektronischer Form, in einem Register auf.

Die in den Meldungen angeführten Daten werden ausschließlich zu den in den Artikeln 10.3 und 10.4 vorgeschriebenen Zwecken verarbeitet.

Ausschließlich der Arzt-Hygieneinspektor und die unter seiner Verantwortung handelnde Fachkraft der Gesundheitspflege dürfen die in den Meldungen enthaltenen personenbezogenen Daten verarbeiten. Sie sorgen für ihre Vertraulichkeit und ihre Sicherheit.

Unter Einhaltung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten gewährleisten die in Artikel 10.2 § 2 angeführten Personen die Vertraulichkeit und die Sicherheit aller personenbezogenen Daten, von denen sie zum Zeitpunkt ihrer Erhebung, ihrer Übermittlung und ihrer Verarbeitung Kenntnis haben.

§ 2 - Sobald der Arzt-Hygieneinspektor der Meinung ist, dass die in den Artikeln 10.3 und 10.4 angeführten Maßnahmen nicht mehr angewendet werden müssen, werden die Informationen, die die Identifizierung und die Lokalisierung der unter einer ansteckenden Krankheit leidenden Personen ermöglichen und die zur Meldung geführt haben bzw. die die Personen betreffen, die die Meldung vorgenommen haben, gelöscht. Lediglich die Daten, die ein zukünftiges allgemeines Interesse zur Verbesserung der Wirksamkeit der prophylaktischen Maßnahmen darstellen, werden aufbewahrt.

Die vom Arzt-Hygieneinspektor aufbewahrten bereinigten Daten können gegebenenfalls zu prophylaktischen Zwecken eine statistische Weiterverarbeitung erfahren.

§ 3 - Die in der Meldung enthaltenen Daten dürfen, insofern sie zur Ausführung der in den Artikeln 10.3 und 10.4 angeführten Maßnahmen notwendig sind, an den Bürgermeister weitergeleitet werden.

Art. 10.6 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und einer Geldstrafe von 25 Euro bis 200 Euro oder mit nur einer dieser Strafen wird belegt:

1. jede Person, die der in Artikel 10.2 erwähnten Meldepflicht nicht nachkommt oder eine solche Meldung verhindert oder beeinträchtigt;
2. jede Person, die den in Artikel 10.3 erwähnten Maßnahmen keine Folge leistet oder die Ausführung solcher Maßnahmen verhindert oder beeinträchtigt;
3. jede Person, die die Ausübung der in Artikel 10.4 erwähnten Befugnisse verhindert oder beeinträchtigt.“

#### *Abschnitt 2 - Senioren*

**Art. 2** - In Artikel 1 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime, abgeändert durch die Dekrete vom 13. Februar 2012, 22. Februar 2016 und 13. Dezember 2016, wird folgende Nummer 11 eingefügt:

“11. LGSI: Lokales Gremium für Senioreninteressen.“

**Art. 3** - Artikel 11 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt ersetzt:

“Art. 11 - § 1 - Die Regierung kann unter den im Rahmen einer Konvention mit dem Träger festgelegten Bedingungen Pilotprojekte für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren fördern.

Bei Pilotprojekten handelt es sich um innovative Angebote im Bereich der Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren.

Drei Monate vor Ablauf der Konvention reicht der Träger eine Auswertung bei dem Fachbereich ein. Die Regierung entscheidet auf Basis der Auswertung und der Stellungnahme des Fachbereichs und nach Anhörung des Trägers über die weitere Förderung des Projektes.

§ 2 - Der Antrag für die Förderung eines Pilotprojektes wird zur Bewilligung bei dem Fachbereich eingereicht und enthält folgende Angaben:

1. Identität und Statut des Dienstes;
2. Nachweis des Bedarfs für das Pilotprojekt unter Berücksichtigung der geografischen, demografischen und sozioökonomischen Gegebenheiten;
3. detaillierte Beschreibung des Projektes;
4. Zeitplan für die Durchführung des Projektes;
5. Auswertungskriterien des Projektes;
6. Kostenschätzung und Finanzierungsplan;
7. Beschreibung der Netzwerkarbeit;
8. für lokal angesiedelte Projekte: ein Gutachten des LGSI.

Die Regierung entscheidet innerhalb von drei Monaten nach Einreichen des vollständigen Antrags über die Förderung des Pilotprojektes oder über die Ablehnung des Antrags."

**Art. 4** - Artikel 12 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraf 2, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Die Träger von Altenwohnheimen und Alten- und Pflegeheimen erhalten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen jährlichen Pauschalzuschuss für den Ankauf, die Ausleihe und den Unterhalt von Mobilitätshilfen. Die Regierung legt die Höhe und die Modalitäten dieser Bezuschussung fest."

2. In Paragraf 4 wird die Wortfolge "und § 2" gestrichen.

**Art. 5** - In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel IV.1, das die Artikel 12.1 bis 12.4 umfasst, eingefügt:

"Kapitel IV.1 - Lokale Gremien für Senioreninteressen

Art 12.1 - Der Gemeinderat jeder Gemeinde des deutschen Sprachgebiets setzt ein LGSI ein und legt seine Geschäftsordnung fest.

Art. 12.2 - § 1 - Das LGSI setzt sich zusammen aus:

1. einem Vertreter des Gemeindegremiums;
2. einem Vertreter des Öffentlichen Sozialhilfeszentrums der Gemeinde;
3. einem Vertreter des Seniorenbeirats der Gemeinde, insofern ein solcher besteht;
4. jeweils einem Vertreter pro auf dem Gemeindegebiet angesiedelten Dienst der häuslichen Hilfe oder Träger einer Wohn-, Begleit- und Pflegestruktur für Senioren oder einer Seniorenresidenz.

Für jedes in Absatz 1 erwähnte effektive Mitglied wird ein Ersatzmitglied bestellt.

§ 2 - Dem LGSI gehören ebenfalls mit beratender Stimme an:

1. ein Vertreter des Fachbereichs;
2. ein Vertreter der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
3. andere für die Seniorenunterstützung wichtige lokale Partner, die vom LGSI zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Die Regierung kann weitere Dienstleister bestimmen, die dem LGSI mit beratender Stimme angehören.

Art. 12.3 - Der Vertreter des Gemeindegremiums übernimmt den Vorsitz der Sitzungen des LGSI. Diese werden auf Initiative des Vorsitzenden oder nach schriftlicher Anfrage eines Interessenten und/oder eines potenziellen Trägers durch den Vorsitzenden einberufen.

Ein Personalmitglied der Gemeindeverwaltung wohnt den Sitzungen des LGSI bei und führt unter der Verantwortung des Vorsitzenden das Protokoll.

Die Regierung kann die weitere Funktionsweise präzisieren.

Art. 12.4 - § 1 - Das LGSI erstellt auf Anfrage der Regierung innerhalb einer von ihr vorgegebenen Frist oder aus eigener Initiative ein Gutachten zu den folgenden Punkten:

1. die ihm vorgelegten Handlungsempfehlungen;
2. die Priorisierung der Handlungsempfehlungen zur Verbesserung des Angebots der wohnortnahen Seniorenpolitik unter Beachtung der lokalen Gegebenheiten und Ermittlung der hierfür notwendigen quantitativen und qualitativen Voraussetzungen.

§ 2 - Das LGSI bezieht Stellung zu allen neuen Projekten oder Pilotprojekten der wohnortnahen Seniorenunterstützung auf dem Gebiet der Gemeinde und lässt der Regierung seine Stellungnahme zukommen. Zu diesem Zweck übermittelt der potenzielle Dienstleister dem LGSI vorab alle dazu notwendigen Unterlagen.

Die Stellungnahme beinhaltet zumindest eine Behandlung folgender Punkte:

1. der Bedarf für die neue Initiative der Seniorenunterstützung unter Berücksichtigung der geografischen, demografischen und sozioökonomischen Gegebenheiten;
2. das Unterstützungskonzept;
3. die Anzahl Personen, die mit dem Projekt angesprochen werden;
4. die mögliche Kostenbeteiligung der Senioren;
5. die Vernetzung der Unterstützungsangebote;
6. bei nicht einstimmiger Stellungnahme: die Darlegung der verschiedenen Positionen.

Das LGSI lässt der Regierung seine Stellungnahme innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Erhalt der Unterlagen des potenziellen Trägers zukommen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung Ausnahmefälle festlegen, in denen aufgrund der begrenzten Tragweite der betroffenen Initiative keine Stellungnahme des LGSI erforderlich ist.

§ 3 - Die Regierung kann dem LGSI weitere Aufgaben erteilen."

**Art. 6** - Artikel 2 Nummer 11 des Dekrets vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe, aufgehoben durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird wie folgt wieder eingeführt:

"11. LGSI: das in Kapitel IV.1 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime erwähnte Lokale Gremium für Senioreninteressen."

**Art. 7** - In Artikel 16 § 2 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, werden folgende Nummern 7 und 8 eingefügt:

"7. Beschreibung der Netzwerkarbeit;

8. für lokal angesiedelte Projekte: ein Gutachten des LGSI."

#### *Abschnitt 3 - Jugendhilfe*

**Art. 8** - In Artikel 4 § 1 Absatz 1 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen wird die Wortfolge "ungeachtet seiner Herkunft, seines Geschlechts, seiner Staatsangehörigkeit, seiner religiösen, philosophischen und politischen Ansichten" durch die Wortfolge "ungeachtet der in Artikel 2 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung erwähnten geschützten Merkmale" ersetzt.

**Art. 9** - Artikel 5 § 1 Absatz 2 Nummer 7 desselben Dekrets wird aufgehoben.

**Art. 10** - In Artikel 16 § 4 desselben Dekrets wird das Wort "Tagen" durch das Wort "Arbeitstagen" ersetzt.

**Art. 11** - In Artikel 20 § 2 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Aufträge zur Gewährleistung der in Paragraph 1 erwähnten Betreuungsformen werden nicht:

1. an natürliche Personen vergeben, die Erziehungsberechtigte oder unterhaltspflichtige Personen des Jugendlichen sind;

2. an juristische Personen vergeben, in denen die Erziehungsberechtigten oder unterhaltspflichtigen Personen des Jugendlichen Teil der Geschäftsführung sind."

**Art. 12** - In Artikel 32 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen die Wörter "angeordnet" und "wurde" die Wortfolge "beziehungsweise anschließend in Anwendung von Artikel 21 verlängert" eingefügt.

**Art. 13** - In Artikel 33 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolgen "Urteils zur Sache" und "in Kraft" die Wortfolge "und ab dem 18. Lebensjahr des Jugendlichen entsprechend der in Anwendung von Artikel 21 genehmigten Verlängerung der Hilfestellung" eingefügt.

#### *Abschnitt 4 - Familienleistungen*

**Art. 14** - Artikel 1 Absatz 5 des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen, eingefügt durch das Gesetz vom 25. Januar 1999 und abgeändert durch die Gesetze vom 12. August 2000 und 28. April 2010, wird wie folgt ersetzt:

"Die Tatsache, dass das Kind Recht auf soziale Eingliederung aufgrund des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung hat, schließt den Antragsteller nicht vom Recht auf garantierte Familienleistungen aus."

### *KAPITEL 2 — Kulturelle Angelegenheiten*

#### *Abschnitt 1 - Kultur*

**Art. 15** - In Artikel 2 Absatz 2 des Dekrets vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird der Betrag "54,54 EUR" durch den Betrag "78 Euro" ersetzt.

**Art. 16** - In das Dekret vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 2. März 2015 und 22. Februar 2016, wird folgendes Kapitel 3.1, das die Artikel 43.1 bis 43.3 umfasst, eingefügt:

"Kapitel 3.1 - Literaturförderung

Art. 43.1 - Grundsätze der Förderung

Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung Literaturveröffentlichungen fördern.

Der Förderbedarf für das Projekt beträgt mindestens 1.000 Euro.

Art. 43.2 - Antrag

§ 1 - Antragsberechtigt sind natürliche und juristische Personen, deren Literaturveröffentlichungen folgende Bedingungen erfüllen:

1. die Veröffentlichung weist über den Wohnsitz des Autors oder aufgrund des behandelten Themas einen inhaltlichen Bezug zur Deutschsprachigen Gemeinschaft auf;

2. die Veröffentlichung hat eine regionale und gegebenenfalls eine grenzüberschreitende Tragweite;

3. die Veröffentlichung weist inhaltliche, sprachliche, methodische und förmliche Qualitätsmerkmale auf;

4. es wird nachweislich eine ausreichende Publikumsausrichtung und ein ausreichender Vertrieb gewährleistet;

5. es wird eine solide finanzielle Ausgangslage und Geschäftsführung für die Abwicklung der Veröffentlichung gewährleistet.

Folgende Literaturveröffentlichungen sind nicht förderfähig:

1. Veröffentlichungen, die auf Grundlage eines anderen Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst werden können;

2. regelmäßige Veröffentlichungen.

§ 2 - Der Antrag wird bei der Regierung eingereicht.

Die Antragstellung erfolgt mittels des zu diesem Zweck von der Regierung festgelegten Formulars, das bis zum 31. März eingereicht wird.

§ 3 - Dem Antrag sind beizufügen:

1. der Nachweis über den inhaltlichen Bezug der Veröffentlichung zur Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie über die regionale oder gegebenenfalls grenzüberschreitende Ausstrahlung;

2. eine Zusammenfassung;

3. eine Biografie des Autors;

4. eine Beschreibung der geplanten Verteilung;

5. eine Beschreibung der geplanten Bewerbung;

6. eine detaillierte Einnahmen- und Ausgabenaufstellung.

Art. 43.3 - Zuschuss und Buchankäufe

§ 1 - Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen kann die Regierung Literaturveröffentlichungen fördern durch:

1. die Gewährung eines Zuschusses;

2. Buchankäufe nach Fertigstellung der Veröffentlichung.

Die Gewährung eines Zuschusses ist für bereits erschienene Literaturveröffentlichungen ausgeschlossen. Nur Veröffentlichungen, die auf die Unterstützung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft hinweisen, können gemäß Absatz 1 Nummer 1 bezuschusst werden.

§ 2 - Der Zuschuss wird anhand der zweckdienlichen Ausgaben berechnet, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Erscheinen der Literaturveröffentlichung stehen. Die Regierung legt die Kategorien der in Betracht kommenden zweckdienlichen Ausgaben in dem in Artikel 43.2 § 2 Absatz 2 erwähnten Formular fest.

Zur Auszahlung des Zuschusses werden die folgenden Unterlagen innerhalb von drei Monaten nach Erscheinen der Literaturveröffentlichung eingereicht:

1. eine Aufstellung der zweckdienlichen Ausgaben;

2. ein Exemplar der Veröffentlichung.

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel kann der Betrag der Zuschüsse mit einem Koeffizienten multipliziert werden.

§ 3 - Die als Beleg eingereichten Rechnungen müssen quittiert oder mit dem entsprechenden Kontoauszug versehen sein. Von zugelassenen Buchhaltern oder Finanzprüfern zertifizierte Finanzunterlagen können ebenfalls als Beleg dienen."

**Art. 17** - Artikel 47 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ergänzt:

"In diesem Bewerbungsaufwurf wird das Datum der Einstufung festgehalten."

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

**Art. 18** - In Artikel 48 § 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "bis zum 30. November des Jahres, das dem Einstufungsjahr vorangeht," durch die Wortfolge "spätestens neun Monate vor dem gemäß Artikel 47 festgelegten Datum" ersetzt.

**Art. 19** - Artikel 54 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge ", erstmals im Jahr 2015," wird gestrichen.

2. Der Artikel wird wie folgt ergänzt:

"In diesem Bewerbungsaufwurf wird das Datum der Einstufung festgehalten."

**Art. 20** - In Artikel 55 § 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "bis zum 30. November des Jahres, das dem Einstufungsjahr vorangeht," durch die Wortfolge "spätestens neun Monate vor dem gemäß Artikel 54 festgelegten Datum" ersetzt.

#### *Abschnitt 2 - Jugend*

**Art. 21** - Artikel 6 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit wird wie folgt abgeändert:

1. Die bisherigen Absätze 1-3 werden zu Paragraph 1 Absätze 1-3.

2. Folgender Paragraph 2 wird eingefügt:

"§ 2 - In Abweichung von Paragraph 1 kann die Regierung zur Förderung von besonderen Projekten im Rahmen der Schwerpunkte des Jugendstrategieplans folgenden juristischen Personen Zuschüsse gewähren:

1. Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

2. Gemeinden des deutschen Sprachgebiets;

3. Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht;

4. Jugendbehörden außerhalb des deutschen Sprachgebiets."

**Art. 22** - In Artikel 30 § 2 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Der Begleitausschuss wird jeweils für die Dauer des laufenden Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und dem Jugendbüro eingesetzt.“

*Abschnitt 3 - Sport*

**Art. 23** - In Artikel 24.1 des Sportdekrets vom 19. April 2004, eingefügt durch das Dekret vom 24. Februar 2014 und abgeändert durch das Dekret vom 2. März 2015, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Ausschließlich Sportvereine und Sportfachverbände sind für den in Absatz 1 genannten Zuschuss antragsberechtigt.“

**Art. 24** - In Artikel 28 desselben Dekrets wird zwischen die Wörter „Sportvereine“ und „können“ die Wortfolge „und Sportfachverbände“ eingefügt.

*Abschnitt 4 - Medien*

**Art. 25** - In Artikel 15 Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 16. Oktober 1995, wird zwischen die Wortfolgen „seinem Präsidenten,“ und „und dem Direktor“ die Wortfolge „dem Direktionsrat“ eingefügt.

**Art. 26** - In der Überschrift von Kapitel II Abschnitt 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Der Ständige Ausschuss“ durch die Wortfolge „Der Direktionsrat“ ersetzt.

**Art. 27** - Die Artikel 17 bis 19 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 16. Oktober 1995, werden wie folgt wieder eingeführt:

„Art. 17 - Das Zentrum verfügt über einen Direktionsrat, der sich aus mindestens drei und höchstens fünf Personen zusammensetzt.

Die Regierung legt die Zusammensetzung und die Funktionsweise des Direktionsrates fest.

Art. 18 - Im Rahmen der durch den Rat gemäß Artikel 15 übertragenen Befugnisse trifft der Direktionsrat alle Entscheidungen, die zur operativen Geschäftsführung des Zentrums erforderlich sind.

Die Ausübung der in Absatz 1 erwähnten Aufgaben erfolgt unbeschadet:

1. der Befugnisse, die der Rat dem Direktor gemäß Artikel 15 überträgt;
2. der in Artikel 27 erwähnten allgemeinen Leitungsbefugnis des Direktors sowie seiner weiteren dekretalen Aufgaben;
3. der Aufgaben, die die Regierung dem Direktionsrat aufgrund von Artikel 102 § 1 Absatz 1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erteilt.

Art. 19 - Der Direktionsrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Regierung zur Genehmigung vorgelegt wird.

Die Geschäftsordnung regelt insbesondere folgende Aspekte:

1. die Einberufung des Direktionsrates;
2. die Häufigkeit der Versammlungen;
3. das Verfahren zur Beschlussfassung im Direktionsrat;
4. die Protokollführung;
5. die weiteren Informationspflichten.“

**Art. 28** - In Artikel 27 § 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 16. Oktober 1995 und abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird zwischen die Wörter „werden“ und „unter“ die Wortfolge „unbeschadet der Befugnisse, die der Rat dem Direktionsrat gemäß Artikel 15 überträgt,“ eingefügt.

**Art. 29** - Artikel 91 des Dekrets vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen, abgeändert durch das Dekret vom 2. März 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 Nummer 4 wird durch folgende Nummern 4 und 5 ersetzt:

„4. Personalmitglieder und Mitglieder des Verwaltungsrates oder der Geschäftsführung des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eines Mediendienstanbieters oder eines Unternehmens, das elektronische Kommunikationsnetze, -geräte oder -dienste bereitstellt;

5. Personen, die Funktionen ausüben in oder Anteile besitzen an einer Gesellschaft oder anderen Einrichtung, die im deutschen Sprachgebiet in inhaltlicher und/oder technischer Hinsicht im auditiven oder audiovisuellen Medienbereich tätig ist oder elektronische Kommunikationsnetze, -geräte oder -dienste bereitstellt.“

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Wenn bei einem Mitglied der Beschlusskammer ein Interessenkonflikt bezüglich eines der Beschlusskammer zur Entscheidung vorliegenden Gegenstands besteht, darf das betroffene Mitglied nicht an der Beratung und Beschlussfassung innerhalb der Beschlusskammer teilnehmen. Das entsprechende Verfahren legt die Geschäftsordnung der Beschlusskammer fest.“

*KAPITEL 3 — Unterrichtswesen*

**Art. 30** - Artikel 2.2 Absatz 1 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge „jeweils von einem Zweigstellenleiter und die der Direktion unterstehen,“ wird durch die Wortfolge „von der Direktion unterstehenden Zweigstellenleitern“ ersetzt.

2. Folgender Satz wird eingefügt:

„Der Verwaltungsrat legt die Anzahl Zweigstellenleiter fest und weist jedem Zweigstellenleiter eine bzw. mehrere lokale Zweigstellen zu. Die Höchstanzahl an Zweigstellenleitern beträgt vier.“

**Art. 31** - Artikel 6.2 Nummer 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Buchstabe *a)* wird wie folgt ersetzt:

"a) Koordinator für den Bereich psychosoziale Entwicklung".

2. Buchstabe *b)* wird aufgehoben.

**Art. 32** - Artikel 6.3 § 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1. Koordinator für den Bereich psychosoziale Entwicklung: die in § 1 Nummer 1 Buchstaben d)-g) und in § 1 Nummer 2 angeführten Befähigungsnachweise;"

2. Nummer 2 wird aufgehoben.

**Art. 33** - Artikel 6.79 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. das Amt des Koordinators für den Bereich psychosoziale Entwicklung;"

2. Nummer 3 wird aufgehoben.

**Art. 34** - Artikel 6.80 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 einleitender Satz wird die Wortfolge "Nummer 1-5" gestrichen.

2. In Nummer 2 desselben Absatzes wird folgender Buchstabe *c)* eingefügt:

"c) für das Amt des Zweigstellenleiters: mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades verfügt;"

3. Absatz 2 wird aufgehoben.

4. Absatz 3, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird aufgehoben.

**Art. 35** - Artikel 6.81 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 6.81 - Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsaufwurf für die in Artikel 6.79 angeführten Ämter wird vom Verwaltungsrat in der Presse, per Aushang im Zentrum sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des zu besetzenden Amtes.

Die Bewerbung wird per Einschreiben oder E-Mail mit Empfangsbestätigung oder Aushändigung mit Empfangsbestätigung eingereicht. Der Bewerber fügt mindestens eine Kopie der erforderlichen Diplome, den in Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches angeführten Auszug aus dem Strafregister, der nicht älter als sechs Monate ist, einen Lebenslauf und ein Motivationsschreiben bei."

**Art. 36** - Artikel 6.82 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Er stützt sich u. a. auf das Motivationsschreiben und ein Bewerbungsgespräch."

**Art. 37** - In Artikel 7.2 desselben Dekrets wird das Wort "vier" durch das Wort "drei" ersetzt.

**Art. 38** - In Artikel 7.5 § 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Zahl "36" durch die Zahl "37" ersetzt.

**Art. 39** - In den Titel 10 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 10.9.1 eingefügt:

"Art. 10.9.1 - Verringerung der Koordinatorenstellen

Die Bezeichnungen der Personen, die am Tag vor Verabschiedung des Programmdekrets 2017 vom 20. Februar 2017 im Amt des Koordinators für den Bereich Psychologie und im Amt des Koordinators für den Bereich Sozialwissenschaften bezeichnet sind, werden von Amts wegen vom Verwaltungsrat mittels einer Kündigungsfrist von drei Monaten und in Anwendung der in Artikel 6.83 § 2 Absatz 5 angeführten Kündigungsmodalitäten beendet."

**Art. 40** - In denselben Titel wird folgender Artikel 10.9.2 eingefügt:

"Art. 10.9.2 - Umstrukturierung in der Zweigstellenleitung

Macht der Verwaltungsrat von der in Artikel 2.2 Absatz 1 angeführten Möglichkeit Gebrauch und ändert die Anzahl Zweigstellenleiter, werden die Bezeichnungen der Zweigstellenleiter der von der Umstrukturierung betroffenen Zweigstellen von Amts wegen in Anwendung der in Artikel 6.83 § 2 Absätze 4 und 5 angeführten Kündigungsfrist und -modalitäten beendet."

#### KAPITEL 4 — Beschäftigung

**Art. 41** - Artikel 339 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, ersetzt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2012, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 339 - Die Regierung kann eine Zielgruppenermäßigung zugunsten von Arbeitgebern gewähren, die Arbeitnehmer beschäftigen, die:

1. zu der in Artikel 330 erwähnten Kategorie 1 zählen;

2. am letzten Tag des Quartals, für das die Ermäßigung angefragt wird, mindestens 54 Jahre alt sind;

3. einen Referenzquartalllohn erhalten, der unter der von der Regierung festgelegten Lohngrenze liegt.

Die Regierung kann den Pauschalbetrag und die Bezuschussungsperiode der Zielgruppenermäßigung festlegen unter Berücksichtigung der verfügbaren Haushaltsmittel, der Lohnentwicklung und des Alters des in Absatz 1 erwähnten Arbeitnehmers.

Die Regierung kann zusätzliche Bedingungen für die Gewährung der Zielgruppenermäßigung festlegen."

**Art. 42** - Artikel 353bis/9 Absatz 1 Nummer 1 desselben Programmgesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 24. April 2014, wird aufgehoben.

**Art. 43** - Artikel 353bis/10 desselben Programmgesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 24. April 2014, wird aufgehoben.

**Art. 44** - Artikel 12 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 21. Januar 2004, wird aufgehoben.

#### KAPITEL 5 — *Tourismus*

**Art. 45** - Die Überschrift von Kapitel IV des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und Öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft wird durch die Wortfolge "und Verkehrsvereinen" ergänzt.

**Art. 46** - Artikel 11 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender Paragraph 2.1 wird eingefügt:

" § 2.1 - Die Gemeinden erhalten außerdem 7.000 Euro für die Basisbezuschussung der Verkehrsvereine und ähnlicher Vereinigungen. Dieser Betrag wird wie folgt unter die Gemeinden aufgeteilt:

Amel: 1.400 Euro

Büllingen: 750 Euro

Burg-Reuland: 655 Euro

Bütgenbach: 375 Euro

Eupen: 280 Euro

Kelmis: 280 Euro

Lontzen: 1.300 Euro

Raeren: 750 Euro

St. Vith: 1.210 Euro

Ab dem Haushaltsjahr 2018 werden diese Beträge jährlich der Entwicklungsrate angepasst."

2. In Paragraph 3 wird die Angabe " §§ 1 und 2" durch die Angabe " §§ 1-2.1" ersetzt.

**Art. 47** - Artikel 12 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "und Verkehrsvereine" nach dem Wort "Bibliotheken" eingefügt.

2. In Paragraph 2 Nummer 6 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. In Paragraph 2 wird folgende Nummer 7 eingefügt:

"7. das Dekret vom 17. Februar 2003 über die Anerkennung und Förderung der Verschönerungsvereine, Verkehrsvereine und deren Dachverbände sowie der Informationsbüros und Infopunkte in seiner Fassung vom 31. Dezember 2016."

#### KAPITEL 6 — *Infrastruktur*

**Art. 48** - Artikel 5 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur, abgeändert durch die Dekrete vom 21. März 2005 und vom 17. März 2008, wird um folgenden Absatz 3 ergänzt:

"Infrastrukturvorhaben, für die die Regierung gemäß Artikel 7 Nummer 1 allgemeine Höchstbeträge oder Höchstbeträge pro Maßeinheit als Zuschussgrundlage festgelegt hat, kommen darüber hinaus nicht für eine Bezuschussung aufgrund des vorliegenden Dekrets in Betracht."

**Art. 49** - Artikel 24 § 2 Absatz 3 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Juni 2007 und 2. März 2015, wird aufgehoben.

**Art. 50** - In Artikel 36 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird die Zahl "39" durch die Zahl "38bis" ersetzt.

**Art. 51** - In Artikel 37 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird die Zahl "39" durch die Zahl "38bis" ersetzt.

**Art. 52** - In Artikel 38 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird die Zahl "39" durch die Zahl "38bis" ersetzt.

**Art. 53** - Artikel 39.1 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird wie folgt ersetzt:

"Der Antragsteller reicht bei der Regierung einen Antrag auf Bezuschussung ein, den diese nach Prüfung der in Artikel 39 erwähnten Zuschussbedingungen der Provinz übermittelt. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt von der Provinz unmittelbar an den Antragsteller nach Abschluss der Arbeiten auf Grundlage der bei der Regierung eingereichten Belege, die diese der Provinz übermittelt."



KAPITEL 7 — *Finanzen und Haushalt*

**Art. 54** - In Artikel 12 Nummer 5 des Dekrets vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds wird die Wortfolge "zum Schutz des ungeborenen Lebens" durch die Wortfolge "für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche" ersetzt.

**Art. 55** - Artikel 1 des Dekrets vom 17. Januar 1994 zur Einrichtung von zusätzlichen Haushaltsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 wird die Wortfolge "Artikel 45 der durch Königlichen Erlass vom 17. Juli 1991 koordinierten Gesetzgebung über das staatliche Rechnungswesen" durch die Wortfolge "Artikel 56 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

2. In Paragraph 2 wird folgende Nummer 3.1 eingefügt:

"3.1 die aufgrund des Königlichen Erlasses vom 23. März 2012 zur Schaffung eines Impulsfonds für die Allgemeinmedizin und zur Festlegung der Arbeitsweise dieses Fonds zurückgezahlten Darlehen;"

3. In Paragraph 3 wird folgende Nummer 1.1 eingefügt:

"1.1 die Auszahlung der aufgrund des Königlichen Erlasses vom 23. März 2012 zur Schaffung eines Impulsfonds für die Allgemeinmedizin und zur Festlegung der Arbeitsweise dieses Fonds gewährten Darlehen;"

KAPITEL 8 — *Verschiedenes**Abschnitt 1 - Nichtkommerzieller Sektor*

**Art. 56** - Artikel 65 des Programmdekrets 2013 vom 25. Februar 2013 wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1 Absatz 1 wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Kürzel "EUR" durch das Wort "Euro" ersetzt.

2. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. in den Jahren 2014-2016: 537 Euro pro Vollzeitäquivalentstelle;"

3. Es wird folgende Nummer 3 eingefügt:

"3. ab dem Jahr 2017:

a) für die Entwicklung der Gehaltstabellen: 714,39 Euro pro Vollzeitäquivalentstelle;

b) für die Anerkennung von Dienstjahren: 248,41 Euro pro Vollzeitäquivalentstelle."

2. Paragraph 2 Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

"3. die Einrichtungen erfüllen die Mindestvorgaben gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen der Paritätischen Kommission 329.02 vom 18. Februar 2013."

3. Folgender Paragraph 3 wird eingefügt:

" § 3 - Der in Paragraph 1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b) erwähnte Zuschuss kann nicht für Arbeitnehmer in Anspruch genommen werden, für die die Einrichtungen auf Grundlage eines anderen Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Anerkennung von Dienstjahren bereits einen Zuschuss erhalten haben.

Der in Paragraph 1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b) erwähnte Zuschuss sowie andere Vorteile können nur für die Bezuschussung berücksichtigt werden, wenn sie im Rahmen eines Abkommens zwischen den Sozialpartnern festgelegt wurden und die Regierung vorab der Bezuschussung dieser Vorteile zugestimmt hat."

*Abschnitt 2 - Rechtsterminologie*

**Art. 57** - In das Dekret vom 19. Januar 2009 zur Regelung der Rechtsterminologie in deutscher Sprache wird folgender Artikel 7.1 eingefügt:

"Art. 7.1 - Die Regierung wird ermächtigt, die Terminologie in den geltenden Dekret- oder Gesetzesbestimmungen mit der aufgrund des vorliegenden Dekrets verbindlichen deutschen Rechtsterminologie in Übereinstimmung zu bringen."

*Abschnitt 3 - Kulte*

**Art. 58** - Artikel 29 § 1 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die materielle Organisation und die Funktionsweise der anerkannten Kulte wird durch die Wortfolge "und an den Gütern, die gemäß Artikel 28 Nummer 1 Erträge generieren" ergänzt.

KAPITEL 9 — *Schlussbestimmungen*

**Art. 59** - Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 29, der mit Wirkung vom 11. Juni 2015 in Kraft tritt;

2. Artikel 16, 23, 24, 55 und 56, die mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft treten;

3. Artikel 4, der am 1. Juli 2017 in Kraft tritt;

4. Artikel 41 bis 44, die am 1. Januar 2018 in Kraft treten;

5. Artikel 1 und 30 bis 40 und 45 bis 47, die am Tag der Verabschiedung des vorliegenden Dekrets in Kraft treten;
6. Artikel 14, der am Tag der letzten Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* der durch die für Familienleistungen zuständigen Gebietskörperschaften verabschiedeten inhaltlichen identischen Bestimmung in Kraft tritt.
- Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht wird.
- Eupen, den 20. Februar 2017

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—————  
Fußnote

Sitzungsperiode 2016-2017

Nummerierte Dokumente: 155 (2016-2017) Nr. 1 Dekretvorschlag

155 (2016-2017) Nrn. 2+3 Abänderungsvorschläge

155 (2016-2017) Nr. 4 Bericht + Erratum

Ausführlicher Bericht: 20. Februar 2017 - Nr. 37 Diskussion und Abstimmung

—————  
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2017/201389]

**20 FEVRIER 2017. — Décret-programme 2017**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Chapitre 1<sup>er</sup>. — *Matières personnalisables*

Section 1<sup>re</sup> - Santé

**Article 1<sup>er</sup>.** Dans le décret du 1<sup>er</sup> juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un chapitre *Ilter*, comportant les articles 10.2 à 10.6, rédigé comme suit :

« Chapitre *Ilter* - Maladies transmissibles

Art. 10.2 - § 1<sup>er</sup> - Tout cas éventuel ou avéré d'une maladie transmissible conformément au § 4 doit être déclaré en région de langue allemande.

Sans préjudice de l'alinéa 1<sup>er</sup>, tout cas de maladie au diagnostic incertain, mais présentant un caractère épidémique indiscutable ou la symptomatologie d'une affection épidémique grave, doit aussi être déclaré.

Les personnes mentionnées au § 2 déclarent toute situation présentant les caractéristiques d'une maladie transmissible ou d'une épidémie autres que celles déterminées en exécution du § 4, même si le diagnostic n'est pas encore définitivement établi.

§ 2 - Le médecin traitant, le responsable d'un laboratoire de biologie clinique et le médecin chargé notamment du contrôle médical dans des écoles, des structures où résident des enfants et des jeunes, des entreprises ou des maisons de repos et de soins sont soumis à l'obligation de déclaration.

§ 3 - Cette déclaration s'opère auprès du médecin-inspecteur d'hygiène désigné par le Gouvernement.

Cette déclaration contient au moins les informations suivantes :

1° la nature de la maladie ou de la pathologie;

2° les nom et prénom du déclarant, ses numéros de téléphones fixe et portable, et de fax, ainsi que ses adresses postale et électronique;

3° les nom et prénom, la date de naissance, le domicile du malade ainsi que, dans la mesure du possible, la profession et, le cas échéant, l'établissement d'enseignement qu'il fréquente ou son lieu de travail.

§ 4 - Le Gouvernement détermine :

1° la liste des maladies transmissibles;

2° la procédure de déclaration.

Art. 10.3 - Si possible en collaboration avec le bourgmestre de la commune où la mesure doit être exécutée et après concertation avec les médecins traitants, le médecin-inspecteur d'hygiène peut notamment prendre ou faire prendre par le bourgmestre les mesures prophylactiques suivantes :

1° interdire aux personnes contaminées qui pourraient transmettre l'infection tout contact physique avec d'autres personnes, tant qu'elles constituent un danger particulier pour la santé publique;

2° faire subir un examen médical aux personnes qui, après un contact avec une personne infectée ou une autre source de contamination, pourraient être contaminées et qui, par leurs contacts avec d'autres personnes, pourraient transmettre cette infection;

3° obliger les personnes contaminées qui pourraient transmettre l'infection à suivre un traitement médical approprié;

4° interdire aux personnes qui, dans le cadre de leurs activités professionnelles pourraient transmettre une infection, l'exercice de leurs activités ou les obliger à se soumettre à un examen médical tant qu'elles constituent un danger particulier pour la santé publique;

5° réquisitionner un service hospitalier en vue de l'isolement des personnes contaminées ou des personnes qui pourraient être infectées par une maladie fortement contagieuse. La réquisition est immédiatement signalée à la direction de l'institution concernée qui est obligée de coopérer pleinement à l'application de ces mesures prophylactiques;

6° ordonner la désinfection des objets et lieux contaminés;

7° ordonner le traitement, l'isolement, voire la mise à mort d'animaux qui représentent un danger pour l'homme, à l'exception du danger de contamination par consommation de ces animaux.

Art. 10.4 - § 1<sup>er</sup> - Le médecin-inspecteur d'hygiène ou, à sa demande, le bourgmestre compétent peuvent :

1° donner des conseils, sommations et ordres oraux ou écrits;

2° bénéficier d'un accès libre, entre 5 heures et 21 heures, à tous les lieux et espaces où est soupçonnée ou constatée une source de contamination possible, uniquement en vue de la constater et de prendre des mesures prophylactiques conformément à l'article 10.3. Entre 21 heures et 5 heures, cet accès est limité à la prise de mesures d'urgence qui ne peuvent être retardées, pour prévenir la propagation de la maladie transmissible, constituant un danger particulier pour la santé publique;

3° constater, par des procès-verbaux faisant foi jusqu'à preuve du contraire, les infractions à la déclaration prescrite par l'article 10.2 et le non-respect des mesures prophylactiques prises en application de l'article 10.3. Une copie du procès-verbal est adressée par courrier recommandé au contrevenant dans un délai de cinq jours ouvrables à compter de la constatation de l'infraction;

4° ordonner l'arrêt ou la fermeture totale ou partielle du lieu, de l'espace ou de l'établissement qui pourrait être la cause de la contamination, lorsqu'ils constatent que les mesures imposées en application de l'article 10.3 n'ont pas été respectées, que les sommations ou ordres n'ont pas été suivis ou lorsqu'il y a une menace ou un grave danger pour la santé publique;

5° interroger toute personne quant à des faits dont la connaissance est utile à l'exercice de leur mission;

6° mener toute investigation, tout contrôle ou toute enquête et recueillir toutes les informations qu'ils jugent utiles pour s'assurer que les dispositions du présent chapitre et de ses arrêtés d'exécution sont respectées;

7° demander le soutien des représentants des forces de l'ordre pour exercer leur mission.

Les compétences mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup> sont exercées exclusivement dans le cadre des missions du médecin-inspecteur d'hygiène et du bourgmestre compétent, notamment en ce qui concerne l'exécution des tâches de police administrative, pour autant que ceci soit nécessaire dans l'intérêt de la santé publique en vue de la mise en place de mesures prophylactiques.

En cas de nécessité, le médecin-inspecteur d'hygiène peut se faire remplacer par un médecin mandaté désigné à cette fin par le Gouvernement.

§ 2 - Si nécessaire, le médecin-inspecteur d'hygiène prend contact avec d'autres autorités de santé nationales, étrangères ou internationales, compétentes en la matière, pour collecter et échanger des données et prévenir la propagation des infections.

Art. 10.5 - § 1<sup>er</sup> - Le médecin-inspecteur d'hygiène ou le professionnel de la santé agissant sous son autorité réceptionnent les déclarations mentionnées à l'article 10.2 et les conservent dans un registre, sous quelque forme que ce soit, en ce compris électronique.

Les données mentionnées dans les déclarations sont traitées exclusivement aux fins prescrites dans les articles 10.3 et 10.4.

Seuls le médecin-inspecteur d'hygiène et le professionnel des soins de santé agissant sous son autorité peuvent traiter les données à caractère personnel contenues dans les déclarations. Ils veillent à leur confidentialité et leur sécurité.

Dans le respect de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel, les personnes visées à l'article 10.2, § 2, assurent la confidentialité et la sécurité de toutes les données à caractère personnel dont elles ont connaissance au moment de leur collecte, de leur transmission et de leur traitement.

§ 2 - Dès que le médecin-inspecteur d'hygiène estime que les mesures mentionnées aux articles 10.3 et 10.4 ne doivent plus être appliquées, les informations permettant d'identifier et de localiser les personnes atteintes d'une maladie transmissible et ayant donné lieu à la déclaration ainsi que celles qui concernent les personnes à l'origine de la déclaration sont supprimées. Seules sont conservées les données présentant un intérêt général ultérieur pour améliorer l'efficacité des mesures prophylactiques.

Les données ainsi expurgées et conservées par le médecin-inspecteur d'hygiène peuvent, le cas échéant, faire l'objet d'un traitement statistique ultérieur, à des fins prophylactiques.

§ 3 - Les données reprises dans la déclaration peuvent être transmises au bourgmestre, pour autant qu'elles soient nécessaires à l'application des mesures mentionnées aux articles 10.3 et 10.4.

Art. 10.6 - Est puni d'un emprisonnement de huit jours à six mois et d'une amende de 25 à 200 euros, ou de l'une de ces peines seulement :

1° quiconque ne fait pas de déclaration prévue à l'article 10.2 ou empêche ou entrave une telle déclaration;

2° quiconque ne donne pas suite aux mesures visées à l'article 10.3 ou qui empêche ou entrave leur exécution;

3° quiconque empêche ou entrave l'exercice des compétences visées à l'article 10.4. »

## Section 2 - Personnes âgées

**Art. 2.** L'article 1<sup>er</sup> du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques, modifié par les décrets des 13 février 2012, 22 février 2016 et 13 décembre 2016, est complété par un 11<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 11<sup>o</sup> CLIPA : Commission locale pour les intérêts des personnes âgées. »

**Art. 3.** L'article 11 du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 11 - § 1<sup>er</sup> - Le Gouvernement peut, aux conditions fixées dans le cadre d'une convention conclue avec le pouvoir organisateur, soutenir des projets pilotes pour une période limitée de trois ans au plus.

Les projets pilotes sont des offres novatrices dans le secteur des structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées.

Trois mois avant l'échéance de la convention, le pouvoir organisateur introduit une évaluation auprès du département. En se basant sur l'évaluation et l'avis émis par le département et après avoir entendu le pouvoir organisateur, le Gouvernement statue sur le futur soutien apporté au projet.

§ 2 - La demande relative au soutien d'un projet pilote est introduite, pour approbation, auprès du département et reprend les données suivantes :

1<sup>o</sup> l'identité et le statut du service;

2<sup>o</sup> la preuve que le projet pilote est nécessaire en tenant compte des données géographiques, démographiques et socioéconomiques;

3<sup>o</sup> une description détaillée du projet;

4<sup>o</sup> le schéma temporel pour la réalisation du projet;

5<sup>o</sup> les critères pour l'évaluation du projet;

6<sup>o</sup> une estimation des coûts et un plan de financement;

7<sup>o</sup> une description du travail en réseau;

8<sup>o</sup> un avis de la CLIPA en ce qui concerne les projets locaux.

Dans les trois mois suivant l'introduction de la demande complète, le Gouvernement statue sur le soutien apporté au projet pilote ou sur le rejet de la demande. »

**Art. 4.** À l'article 12 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le § 2, modifié par le décret du 25 février 2013, est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Les pouvoirs organisateurs des maisons de repos et maisons de repos et de soins reçoivent, dans les limites des crédits budgétaires disponibles, un subside forfaitaire annuel pour l'achat, le prêt et l'entretien d'aides à la mobilité. Le Gouvernement fixe le montant et les modalités de ce subventionnement. »;

2<sup>o</sup> dans le § 4, les mots « et § 2 » sont abrogés.

**Art. 5.** Dans le même décret, il est inséré un chapitre IV.1, comportant les articles 12.1 à 12.4, rédigé comme suit :

« Chapitre IV.1 - Commissions locales pour les intérêts des personnes âgées

Art. 12.1 - Le conseil communal de chacune des communes de la région de langue allemande institue une CLIPA et établit son règlement d'ordre intérieur.

Art. 12.2 - § 1<sup>er</sup> - La CLIPA est composée :

1<sup>o</sup> d'un représentant du collège communal;

2<sup>o</sup> d'un représentant du centre public d'aide sociale de la commune;

3<sup>o</sup> d'un représentant du conseil consultatif des personnes âgées de la commune s'il y en a un;

4<sup>o</sup> un représentant par service d'aide à domicile ou pouvoir organisateur d'une structure d'hébergement, d'accompagnement et de soins ou d'une résidence pour seniors actif sur le territoire communal.

Un membre suppléant est désigné pour chaque membre effectif mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

§ 2 - Font également partie de la CLIPA, avec voix consultative :

1<sup>o</sup> un représentant du département;

2<sup>o</sup> un représentant de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

3<sup>o</sup> d'autres partenaires locaux, importants en matière d'aides aux personnes âgées, invités par la CLIPA à participer aux délibérations.

Le Gouvernement peut déterminer que d'autres prestataires de services feront partie de la CLIPA avec voix consultative.

Art. 12.3 - Le représentant du collège communal assure la présidence des séances de la CLIPA. Ces séances sont convoquées par le président, à son initiative ou à la demande d'une personne intéressée et/ou d'un pouvoir organisateur potentiel.

Un membre du personnel de l'administration communale assiste aux séances de la CLIPA et rédige les procès-verbaux sous la responsabilité du président.

Le Gouvernement peut préciser le mode de fonctionnement.

Art. 12. 4 - § 1<sup>er</sup> - La CLIPA remet au Gouvernement, à la demande de celui-ci et dans le délai prévu par lui, ou de sa propre initiative, un avis sur les points suivants :

1° les actions qui lui ont été recommandées;

2° la hiérarchisation des actions recommandées en vue d'améliorer l'offre en matière de politique des personnes âgées proche du lieu de vie, en tenant compte des données locales, et la détermination des conditions quantitatives et qualitatives requises pour y parvenir.

§ 2 - La CLIPA prend position sur tous les nouveaux projets ou projets pilotes sur le territoire communal en matière d'aide aux personnes âgées proche du lieu de vie et fait parvenir sa position au Gouvernement. À cette fin, le prestataire potentiel transmet au préalable à la CLIPA tous les documents nécessaires.

La prise de position aborde au moins les points suivants :

1° la nécessité de la nouvelle initiative d'aide aux personnes âgées, en tenant compte des données géographiques, démographiques et socioéconomiques;

2° le concept d'aide;

3° le nombre de personnes auxquelles s'adresse ce projet;

4° l'éventuelle participation aux frais supportée par les personnes âgées;

5° la mise en réseau des offres d'aide;

6° s'il n'y a pas unanimité, la présentation des différents points de vue.

La CLIPA transmet son avis au Gouvernement dans un délai de 90 jours après réception des documents introduits par le pouvoir organisateur potentiel.

Par dérogation au premier alinéa, le Gouvernement peut fixer des exceptions, des cas où un avis de la CLIPA n'est pas requis eu égard à la portée limitée de l'initiative concernée.

§ 3 - Le Gouvernement peut confier d'autres missions à la CLIPA. »

**Art. 6.** L'article 2, 11°, du décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile, abrogé par le décret du 13 décembre 2016, est rétabli dans la rédaction suivante :

« 11° CLIPA : la commission locale pour les intérêts des personnes âgées mentionnée au chapitre IV.1 du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques. »

**Art. 7.** L'article 16, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, est complété par les 7° et 8° rédigés comme suit :

« 7° une description du travail en réseau;

8° un avis de la CLIPA en ce qui concerne les projets locaux. »

#### Section 3 - Aide à la jeunesse

**Art. 8.** Dans l'article 4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la Jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse, les mots « indépendamment de ses origines, de son sexe, de sa nationalité, de ses convictions religieuses, philosophiques et politiques » sont remplacés par les mots « nonobstant les critères protégés mentionnés à l'article 2 du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination ».

**Art. 9.** À l'article 5, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même décret, le 7° est abrogé.

**Art. 10.** À l'article 16, § 4, du même décret, le mot « jours » est remplacé par les mots « jours ouvrables ».

**Art. 11.** L'article 20, § 2, du même décret est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« Les missions garantissant les formes d'accompagnement mentionnées au § 1<sup>er</sup> ne sont pas confiées :

1° aux personnes physiques qui sont chargées de l'éducation du jeune ou à ses débiteurs d'aliments;

2° aux personnes morales dont sont responsables les personnes chargées de l'éducation du jeune ou ses débiteurs d'aliments. »

**Art. 12.** À l'article 32 du même décret, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par les mots « ou, le cas échéant, prolongée par la suite en application de l'article 21 ».

**Art. 13.** À l'article 33 du même décret, la deuxième phrase de l'alinéa 1<sup>er</sup> est complétée par les mots « et dès que le jeune a atteint 18 ans conformément à la prolongation de l'aide octroyée en application de l'article 21 ».

#### Section 4 - Prestations familiales

**Art. 14.** L'article 1<sup>er</sup>, alinéa 5, de la loi du 20 juillet 1971 instituant des prestations familiales garanties, inséré par la loi du 25 janvier 1999 et modifié par les lois des 12 août 2000 et 28 avril 2010, est remplacé par ce qui suit :

« Le fait que l'enfant ait droit à l'intégration sociale en vertu de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale n'exclut pas le demandeur du droit aux prestations familiales garanties. »

### CHAPITRE 2. — Matières culturelles

#### Section 1<sup>re</sup> - Culture

**Art. 15.** À l'article 2, alinéa 2, du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus, remplacé par le décret du 25 juin 2007, le montant « 54,54 EUR » est remplacé par le montant « 78 euros ».

**Art. 16.** Dans le décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, modifié par les décrets des 2 mars 2015 et 22 février 2016, il est inséré un chapitre 3.1, comportant les articles 43.1 à 43.3, rédigé comme suit :

« Chapitre 3.1 - Soutien accordé à la littérature

Art. 43.1 - Principes du soutien

Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut soutenir des publications littéraires.

Le projet nécessite un soutien d'au moins 1 000 euros.

Art. 43.2 - Demande

§ 1<sup>er</sup> - Peuvent introduire une demande les personnes physiques et morales dont les publications littéraires répondent aux conditions suivantes :

1° la publication présente un contenu lié à la Communauté germanophone par le domicile de l'auteur ou en raison du sujet abordé;

2° la publication a un rayonnement régional et, le cas échéant, transfrontalier;

3° la publication possède des caractéristiques de qualité quant au contenu, à la langue, la méthode et la forme;

4° il est prouvé que la publication vise un public suffisamment ciblé et la vente est garantie;

5° une assise financière et une gestion commerciale solides pour assurer la publication sont garanties.

Les publications littéraires suivantes ne sont pas soutenues :

1° les publications pouvant être subsidiées en vertu d'un autre décret de la Communauté germanophone;

2° les publications périodiques.

§ 2 - La demande est introduite auprès du Gouvernement.

La demande est introduite au moyen du formulaire fixé à cette fin par le Gouvernement, et ce, pour le 31 mars au plus tard.

§ 3 - La demande est accompagnée :

1° de la preuve du lien existant entre le contenu de la publication et la Communauté germanophone ainsi que du rayonnement régional, voire transfrontalier;

2° d'un résumé;

3° d'une biographie de l'auteur;

4° d'une description de la distribution envisagée;

5° d'une description de la publicité envisagée;

6° d'un état détaillé des recettes et dépenses.

Art. 43.3 - Subside et achat de livres

§ 1<sup>er</sup> - Après examen des documents introduits, le Gouvernement peut soutenir les publications littéraires par :

1° l'octroi d'un subside;

2° l'achat de livres une fois la publication terminée.

L'octroi d'un subside est exclu pour des publications littéraires déjà parues. Seules les publications qui se réfèrent au soutien apporté par la Communauté germanophone peuvent être subsidiées conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°.

§ 2 - Le subside se calcule au moyen d'un état des dépenses utiles en lien direct avec la parution de la publication littéraire. Dans le formulaire mentionné à l'article 43.2, § 2, alinéa 2, le Gouvernement fixe les catégories de dépenses utiles prises en considération.

En vue de la liquidation du subside, les documents suivants seront introduits dans les trois mois suivant la parution de la publication littéraire :

1° un état des dépenses utiles;

2° un exemplaire de la publication.

Le montant des subsides peut être multiplié par un coefficient pour l'adapter aux crédits budgétaires disponibles.

§ 3 - Les factures introduites au titre de justificatif doivent être acquittées ou accompagnées de l'extrait de compte y afférent. Les documents financiers admis par des comptables ou vérificateurs financiers peuvent aussi servir de justificatifs. »

**Art. 17.** À l'article 47 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par ce qui suit :

« La date du classement est mentionnée dans cet appel aux candidats. »

2° l'alinéa 2 est abrogé.

**Art. 18.** À l'article 48 du même décret, le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« La demande est introduite auprès du Gouvernement au plus tard neuf mois avant la date fixée à l'article 47 ».

**Art. 19.** À l'article 54 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « et pour la première fois en 2015 » sont abrogés;

2° l'article est complété par ce qui suit :

« La date du classement est mentionnée dans cet appel aux candidats. »

**Art. 20.** À l'article 55 du même décret, le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« La demande est introduite auprès du Gouvernement au plus tard neuf mois avant la date fixée à l'article 54 ».

*Section 2 - Jeunesse*

**Art. 21.** À l'article 6 du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1<sup>er</sup> à 3 actuels forment le § 1<sup>er</sup>, alinéas 1<sup>er</sup> à 3;

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Par dérogation au § 1<sup>er</sup>, le Gouvernement peut, pour soutenir des projets spécifiques dans le cadre des axes prioritaires du plan stratégique pour la jeunesse, octroyer des subsides aux personnes morales suivantes :

1° des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone;

2° des communes de la région de langue allemande;

3° des associations sans but lucratif;

4° des autorités compétentes en matière d'aide à la jeunesse en dehors de la région de langue allemande. »

**Art. 22.** L'article 30, § 2, du même décret est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« Le comité de suivi est institué à chaque fois pour la durée du contrat de gestion conclu entre le Gouvernement et le Bureau de la Jeunesse. »

*Section 3 - Sport*

**Art. 23.** L'article 24.1 du décret du 19 avril 2004 sur le sport, inséré par le décret du 24 février 2014 et modifié par le décret du 2 mars 2015, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Seuls les clubs sportifs et les fédérations sportives peuvent demander le subside visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>. »

**Art. 24.** À l'article 28 du même décret, les mots « et les fédérations sportives » sont insérés entre les mots « les clubs sportifs » et le mot « peuvent ».

*Section 4 - Médias*

**Art. 25.** À l'article 15, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, modifié par le décret du 16 octobre 1995, les mots « au conseil de direction » sont insérés entre les mots « son président, » et les mots « et au directeur ».

**Art. 26.** Dans le chapitre II du même décret, l'intitulé de la section 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le conseil de direction ».

**Art. 27.** Les articles 17 à 19 du même décret, abrogés par le décret du 16 octobre 1995, sont rétablis dans la rédaction suivante :

« Art. 17 - Le Centre dispose d'un conseil de direction, composé de trois membres au moins et de cinq au plus.

Le Gouvernement fixe la composition et le mode de fonctionnement du conseil de direction.

Art. 18. Dans le cadre des compétences transmises par le Conseil conformément à l'article 15, le conseil de direction prend toutes les décisions nécessaires à la gestion opérationnelle du Centre.

L'exercice des missions mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup> se fait sans préjudice :

1° des compétences transférées au directeur par le Conseil conformément à l'article 15;

2° des compétences générales de direction du directeur, mentionnées à l'article 27, ainsi que de ses autres missions décrétales;

3° des missions confiées au conseil de direction par le Gouvernement en vertu de l'article 102, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Art. 19. Le conseil de direction se dote d'un règlement d'ordre intérieur qu'il soumet à l'approbation du Gouvernement.

Ce règlement d'ordre intérieur concerne notamment les aspects suivants :

1° la convocation du conseil de direction;

2° la fréquence des réunions;

3° le processus de prise de décision au sein du conseil de direction;

4° la rédaction des procès-verbaux;

5° les autres devoirs d'information. »

**Art. 28.** À l'article 27 du même décret, remplacé par le décret du 16 octobre 1995 et modifié par le décret du 16 juin 2008, le § 1<sup>er</sup> est complété par les mots « , sans préjudice des compétences transférées par le Conseil au conseil de direction conformément à l'article 15 ».

**Art. 29.** À l'article 91 du décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques, modifié par le décret du 2 mars 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° à l'alinéa 2, le 4° est remplacé par les 4° et 5° rédigés comme suit :

« 4° les membres du personnel et les membres du conseil d'administration ou de la direction du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, d'un fournisseur de services de médias ou d'une entreprise qui fournit des réseaux, appareils ou services de communications électroniques;

5° les personnes qui exercent des fonctions ou ont des parts dans une société ou toute autre organisation active en région de langue allemande quant au contenu ou à la technicité dans le domaine des médias sonores ou audiovisuels ou qui fournit des réseaux, appareils ou services de communications électroniques. »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« S'il existe, pour un membre de la chambre décisionnelle, un conflit d'intérêt concernant un objet soumis à la décision de cette chambre, le membre concerné ne peut prendre part ni aux délibérations, ni aux prises de décisions au sein de la chambre décisionnelle. Le règlement d'ordre intérieur fixe la procédure *ad hoc*.

## CHAPITRE 3. — Enseignement

**Art. 30.** À l'article 2.2, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « , chacune étant dirigée par un chef d'antenne et subordonnée à la direction » sont remplacés par les mots « , dirigées par les chefs d'antenne subordonnés à la direction »;

2° l'alinéa est complété par la phrase suivante :

« Le conseil d'administration fixe le nombre d'antennes et attribue à chaque chef d'antenne une ou plusieurs antennes locales. Le nombre maximal de chefs d'antenne est de quatre. »

**Art. 31.** À l'article 6.2, 2°, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le *a)* est remplacé par ce qui suit :

« *a)* coordinateur pour le domaine "développement psychosocial" »;

2° le *b)* est abrogé.

**Art. 32.** À l'article 6.3, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° coordinateur pour le développement psychosocial : les titres mentionnés au § 1<sup>er</sup>, 1°, *d)* à *g)*, et § 1<sup>er</sup>, 2°; »;

2° le 2° est abrogé.

**Art. 33.** À l'article 6.79 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° la fonction de coordinateur pour le domaine "développement psychosocial" »;

2° le 3° est abrogé.

**Art. 34.** À l'article 6.80 du même décret, modifié par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° à l'alinéa 1<sup>er</sup>, dans la phrase introductive, les mots « 1° à 5° » sont abrogés;

2° le 2° du même alinéa est complété par un *c)* rédigé comme suit :

« *c)* pour la fonction de chef d'antenne : disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré; »;

3° l'alinéa 2 est abrogé;

4° l'alinéa 3, inséré par le décret du 20 juin 2016, est abrogé.

**Art. 35.** L'article 6.81 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6.81 - Appel aux candidats et candidature

L'appel aux candidats pour les fonctions mentionnées à l'article 6.79 est publié par le conseil d'administration par voie de presse, par affichage dans le centre et sous toute autre forme appropriée.

L'appel aux candidats mentionne le profil requis pour la fonction à pourvoir.

La candidature doit être introduite par courrier recommandé ou électronique avec accusé de réception ou contre remise d'un accusé de réception. Le candidat y joint au moins une copie des diplômes requis, un extrait du casier judiciaire tel que visé à l'article 596, alinéa 2, du Code de procédure pénale et datant de moins de six mois, ainsi qu'un curriculum vitae et une lettre de motivation. »

**Art. 36.** L'article 6.82, alinéa 2, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

« Il se base entre autres sur la lettre de motivation et un entretien de candidature. »

**Art. 37.** Dans l'article 7.2 du même décret, le mot « quatre » est remplacé par le mot « trois ».

**Art. 38.** Dans l'article 7.5, § 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 29 juin 2015, le nombre « Trente-six » est remplacé par le nombre « Trente-sept ».

**Art. 39.** Dans le titre 10 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 10.9.1 rédigé comme suit :

« Art. 10.9.1 - Diminution des emplois de coordinateurs

Le conseil d'administration met fin d'office aux désignations des personnes qui, le jour de l'adoption du décret-programme 2017 du 20 février 2017, sont désignées dans la fonction de coordinateur pour le domaine « psychologie » et dans la fonction de coordinateur pour le domaine « sciences sociales », et ce, au moyen d'un préavis de trois mois et en application des modalités de résiliation mentionnées à l'article 6.83, § 2, alinéa 5. »

**Art. 40.** Dans le même titre, il est inséré un article 10.9.2. rédigé comme suit :

« Art. 10.9.2 - Restructuration de la direction des antennes

Si le conseil d'administration recourt à la possibilité mentionnée à l'article 2.2, alinéa 1<sup>er</sup>, et modifie le nombre de chefs d'antenne, il est mis fin d'office aux désignations des chefs d'antenne des antennes concernées par la restructuration, en application des délais et modalités de préavis mentionnés à l'article 6.83, § 2, alinéas 4 et 5. »



CHAPITRE 4. — *Emploi*

**Art. 41.** L'article 339 de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, remplacé par la loi du 27 décembre 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 339 - Le Gouvernement peut octroyer une réduction pour groupe cible en faveur d'employeurs occupant des travailleurs qui :

1° appartiennent à la catégorie 1 mentionnée à l'article 330;

2° ont au moins 54 ans le dernier jour du trimestre pour lequel la réduction est demandée;

3° perçoivent un salaire trimestriel de référence inférieur au plafond salarial fixé par le Gouvernement.

Le Gouvernement peut fixer le montant forfaitaire et la période de subventionnement de la réduction pour groupe cible en tenant compte des crédits budgétaires disponibles, de l'évolution salariale et de l'âge du travailleur mentionné au premier alinéa.

Le Gouvernement peut fixer d'autres conditions mises à l'octroi d'une réduction pour groupe cible. »

**Art. 42.** L'article 353bis/9, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, de la même loi-programme, inséré par la loi du 24 avril 2014, est abrogé.

**Art. 43.** L'article 353bis/10 de la même loi-programme, inséré par la loi du 24 avril 2014, est abrogé.

**Art. 44.** L'article 12 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale, modifié par l'arrêté royal du 21 janvier 2004, est abrogé.

CHAPITRE 5. — *Tourisme*

**Art. 45.** L'intitulé du chapitre IV du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone est complété par les mots « et des syndicats d'initiative ».

**Art. 46.** À l'article 11 du même décret, modifié par le décret du 13 février 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un § 2.1 rédigé comme suit :

« § 2.1 - Les communes reçoivent en outre 7 000 euros pour le financement de base des syndicats d'initiative et autres associations semblables. Ce montant est réparti comme suit entre les communes :

Amblève : 1 400 euros

Bullange : 750 euros

Burg-Reuland : 655 euros

Butgenbach : 375 euros

Eupen : 280 euros

La Calamine : 280 euros

Lontzen : 1 300 euros

Raeren : 750 euros

Saint-Vith : 1 210 euros

Ces montants seront adaptés au taux d'évolution chaque année à partir de l'année budgétaire 2018. »;

2° au § 3, les mots « §§ 1<sup>er</sup> et 2 » sont remplacés par les mots « §§ 1<sup>er</sup> à 2.1 ».

**Art. 47.** À l'article 12 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 2 est complété par les mots « et des syndicats d'initiative »;

2° dans le § 2, 6°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° le § 2 est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° le décret du 17 février 2003 relatif à la reconnaissance et à la promotion des comités d'embellissement, syndicats d'initiative et de leurs associations faitières, ainsi que des bureaux d'information et points d'information dans sa version du 31 décembre 2016. »

CHAPITRE 6. — *Infrastructure*

**Art. 48.** L'article 5 du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, modifié par les décrets des 21 mars 2005 et 17 mars 2008, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les projets d'infrastructure pour lesquels le Gouvernement, conformément à l'article 7, 1°, a fixé des plafonds généraux ou par unité de mesure comme base de calcul pour le subventionnement ne sont par ailleurs pas pris en compte pour l'octroi d'un subside en vertu du présent décret. »

**Art. 49.** Dans l'article 24, § 2, du même décret, modifié par les décrets des 25 juin 2007 et 2 mars 2015, l'alinéa 3 est abrogé.

**Art. 50.** Dans l'article 36, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, remplacé par le décret du 25 juin 2007, le nombre « 39 » est remplacé par le nombre « 38bis ».

**Art. 51.** Dans l'article 37, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, remplacé par le décret du 25 juin 2007, le nombre « 39 » est remplacé par le nombre « 38bis ».

**Art. 52.** Dans l'article 38, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, remplacé par le décret du 25 juin 2007, le nombre « 39 » est remplacé par le nombre « 38bis ».

**Art. 53.** L'article 39.1, alinéa 3, du même décret, inséré par le décret du 22 février 2016, est remplacé par ce qui suit :

« Le demandeur introduit une demande de subsides auprès du Gouvernement qui, après examen des conditions de subventionnement mentionnées à l'article 39, la transmet à la Province. Une fois les travaux réalisés, la Province liquide directement le subside au demandeur sur la base des justificatifs introduits auprès du Gouvernement, qui les a transmis à la Province. »

#### CHAPITRE 7. — *Finances et budget*

**Art. 54.** Dans l'article 12, 5°, du décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des Fonds budgétaires, le 5° est remplacé par ce qui suit :

« le Fonds pour l'aide spécifique aux enfants et aux jeunes ».

**Art. 55.** À l'article 1<sup>er</sup> du décret du 17 janvier 1994 portant création de fonds budgétaires supplémentaires de la Communauté germanophone, remplacé par le décret du 25 juin 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, les mots « l'article 45 de la législation sur la comptabilité de l'État, coordonnée par l'arrêté royal du 17 juillet 1991 » sont remplacés par les mots « l'article 56 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone »;

2° dans le § 2, il est inséré un 3.1 rédigé comme suit :

« 3.1 les emprunts remboursés conformément à l'arrêté royal du 23 mars 2012 portant création d'un Fonds d'impulsion pour la médecine générale et fixant ses modalités de fonctionnement; »;

3° dans le § 3, il est inséré un 1.1 rédigé comme suit :

« 1.1 le paiement de prêts consentis conformément à l'arrêté royal du 23 mars 2012 portant création d'un Fonds d'impulsion pour la médecine générale et fixant ses modalités de fonctionnement; ».

#### CHAPITRE 8. — *Dispositions diverses*

##### *Section 1<sup>re</sup> - Secteur non marchand*

**Art. 56.** Dans l'article 65 du décret-programme 2013 du 25 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le paragraphe 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° dans les années 2014-2016 : 537 euros par équivalent temps plein; »

3° l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° à partir de 2017 :

a) pour l'évolution des échelles de traitement : 714,39 euros par équivalent temps plein; »

b) pour la reconnaissance des années d'ancienneté : 248,41 euros par équivalent temps plein; »;

2° le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, est remplacé par ce qui suit :

« 3° les établissements remplissent les normes minimales conformément à la convention collective de travail de la sous-commission paritaire n° 329.02 du 18 février 2013. »;

3° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Les travailleurs pour lesquels les établissements ont déjà reçu, pour la reconnaissance d'années d'ancienneté, un subside sur la base d'un autre décret de la Communauté germanophone ne peuvent être pris en considération pour le subside mentionné au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, b).

Le subside mentionné au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, b), et d'autres avantages ne peuvent être pris en considération pour la subsidiation que s'ils ont été fixés dans le cadre d'un accord conclu entre les partenaires sociaux et que si le Gouvernement a marqué son accord préalable quant à la subsidiation de ces avantages. »

##### *Section 2 - Terminologie juridique*

**Art. 57.** Dans le décret du 19 janvier 2009 fixant les règles de la terminologie juridique pour la langue allemande, il est inséré un article 7.1 rédigé comme suit :

« Art. 7.1 - Le Gouvernement est autorisé à mettre en concordance la terminologie des dispositions décrétales et légales en vigueur avec la terminologie juridique allemande contraignante en vertu du présent décret. »

##### *Section 3 - Cultes*

**Art. 58.** L'article 29, § 1<sup>er</sup>, 3°, du décret du 19 mai 2008 relatif à l'organisation matérielle et au fonctionnement des cultes reconnus est complété par les mots « et aux biens qui, conformément à l'article 28, 1°, génèrent des produits ».

CHAPITRE 9. — *Dispositions finales*

**Art. 59.** Le présent décret entre en vigueur le jour de sa publication, à l'exception :

- 1° de l'article 29, qui produit ses effets le 11 juin 2015;
- 2° des articles 16, 23, 24, 55 et 56, qui produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> janvier 2017;
- 3° de l'article 4, qui entre en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 2017;
- 4° des articles 41 à 44, qui entrent en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2018;
- 5° des articles 1<sup>er</sup>, 30 à 40 et 45 à 47, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret;
- 6° de l'article 14, qui entre en vigueur le jour de la dernière publication au *Moniteur belge* de la disposition identique au niveau du contenu adoptée par les entités compétentes pour les prestations familiales.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 20 février 2017.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

---

Note

Session 2016-2017

Documents parlementaires : 155 (2016-2017) n° 1 Proposition de décret

155 (2016-2017) n°s 2+3 Propositions d'amendement

155 (2016-2017) n° 4 Rapport (+ Erratum)

Compte rendu intégral : 20 février 2017 - n° 37 Discussion et vote

---

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2017/201389]

20 FEBRUARI 2017. — **Programmadecreet 2017**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Persoonsgebonden aangelegenheden*

*Afdeling 1 - Gezondheid*

**Artikel 1.** In het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheids promotie en inzake medische preventie, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een hoofdstuk *IIter* ingevoegd, dat de artikelen 10.2 tot 10.6 omvat, luidende :

"Hoofdstuk *IIter* - Besmettelijke ziekten

Art. 10.2 - § 1 - In het Duitse taalgebied moet melding worden gedaan van alle bewezen of mogelijke gevallen van besmettelijke ziekten als bedoeld in paragraaf 4.

Onverminderd het eerste lid moet ook melding worden gedaan van elk pathologisch geval waarover een onzekere diagnose bestaat, maar waarvan het epidemische karakter of de symptomatologie van een ernstige epidemische aandoening vaststaat.

De personen vermeld in paragraaf 2 doen melding van elk geval dat de kenmerken vertoont van een besmettelijke ziekte of van een epidemie die niet met toepassing van paragraaf 4 vastgelegd is, zelfs indien de diagnose nog niet definitief is vastgesteld.

§ 2 - De meldingsplicht geldt voor de behandelende arts, het hoofd van een laboratorium voor klinische biologie en de arts die in het bijzonder belast is met het medisch toezicht in scholen, bedrijven, voorzieningen waar kinderen en jongeren verblijven, bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen.

§ 3 - De melding wordt gedaan bij de arts-gezondheidsinspecteur die door de Regering wordt aangewezen.

De melding bevat ten minste de volgende gegevens :

1° de aard van de ziekte of pathologie;

2° de naam en voornamen van de persoon die de melding heeft gedaan, zijn telefoonnummer, mobiel nummer, faxnummer, adres en e-mailadres;

3° de naam en voornamen, geboortedatum, woonplaats van de zieke en, voor zover mogelijk, zijn beroep en in voorkomend geval de door hem bezochte onderwijsinstelling of zijn werkplek.

§ 4 - De Regering bepaalt :

1° de lijst van de besmettelijke ziekten;

2° de procedure voor de meldingsplicht.

Art. 10.3 - De arts-gezondheidsinspecteur kan, indien mogelijk in samenwerking met de burgemeester van de gemeente waar de maatregel moet worden uitgevoerd en na overleg met de behandelende artsen, in het bijzonder de volgende profylactische maatregelen nemen of door de burgemeester doen nemen:

1° personen die besmet blijken en die de infectie kunnen overdragen fysieke contacten met anderen verbieden zolang zij hierdoor een bijzonder gevaar betekenen voor de volksgezondheid;

2° personen die na contact met een besmette persoon of na contact met een andere besmettingsbron mogelijk besmet zijn en die, door contacten met anderen, deze infectie kunnen overdragen, onderwerpen aan een medisch onderzoek;

3° besmette personen die de infectie kunnen overdragen, ertoe verplichten een aangepaste medische behandeling te volgen;

4° personen die in het kader van de uitoefening van hun beroepsactiviteiten een infectie kunnen overdragen, verbieden deze activiteit uit te oefenen of onderwerpen aan een medisch onderzoek, zolang zij een bijzonder gevaar voor de volksgezondheid vormen;

5° een ziekenhuisdienst opvorderen om de besmette personen of de personen bij wie een zeer besmettelijke ziekte wordt vermoed, af te zonderen. De opvordering wordt zo snel mogelijk meegedeeld aan de directeur van de betrokken instelling die verplicht is haar volledige medewerking te verlenen bij de toepassing van de profylactische maatregelen;

6° de ontsmetting van besmette voorwerpen en besmette lokalen bevelen;

7° de behandeling, de afzondering of het doden bevelen van dieren die een besmettingsgevaar betekenen voor de mens, met uitzondering van het besmettingsgevaar door consumptie van deze dieren.

Art. 10.4 - § 1 - De arts-gezondheidsinspecteur of, op diens verzoek, de bevoegde burgemeester kan:

1° raadgevingen, aanmaningen en mondelinge en schriftelijke bevelen geven;

2° zich vrije toegang verschaffen tot alle plaatsen en ruimten waar een mogelijke besmettingsbron vermoed of vastgesteld wordt, uitsluitend om de besmettingsbron vast te stellen en profylactische maatregelen te nemen met toepassing van artikel 10.3. Tussen 9 uur 's avonds en 5 uur 's morgens is deze toegang beperkt tot het nemen van uiterst dringende maatregelen die onmiddellijk moeten worden genomen om de verdere verspreiding van de besmettelijke ziekte, die een bijzonder gevaar voor de gezondheid vormt, te voorkomen;

3° overtredingen van de meldingsplicht voorgeschreven bij artikel 10.2 en niet-inachtnemingen van de profylactische maatregelen genomen met toepassing van artikel 10.3 vaststellen door middel van processen-verbaal die bewijskracht hebben tot het tegendeel is bewezen. Een afschrift van het proces-verbaal wordt per aangetekende brief ter kennis gebracht van de overtreder binnen vijf werkdagen na de vaststelling van de overtreding;

4° de beëindiging of gehele of gedeeltelijke sluiting bevelen van de plaats, de ruimte of de installatie die de oorzaak kan zijn van de besmetting, wanneer zij vaststellen dat de met toepassing van artikel 10.3 opgelegde maatregelen niet nageleefd werden, wanneer bevelen of aanmaningen niet opgevolgd werden of wanneer er een bedreiging of een ernstig gevaar voor de volksgezondheid bestaat;

5° iedere persoon ondervragen over feiten waarvan de bekendheid nuttig is voor de uitoefening van hun opdracht;

6° alle onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich ervan te vergewissen dat de bepalingen van dit hoofdstuk en van de uitvoeringsbesluiten ervan nageleefd worden;

7° met het oog op de uitoefening van zijn opdracht een beroep doen op de steun van vertegenwoordigers van het openbaar gezag.

De bevoegdheden vermeld in het eerste lid worden uitsluitend uitgeoefend in het kader van de opdrachten van de arts-gezondheidsinspecteur en van de bevoegde burgemeester, in het bijzonder wat betreft de uitoefening van opdrachten van bestuurlijke politie, voor zover dat in het belang is van de volksgezondheid met het oog op het nemen van profylactische maatregelen.

Indien nodig kan de arts-gezondheidsinspecteur zich laten vervangen door een afgevaardigde arts die hiertoe door de Regering wordt aangewezen.

§ 2 - Zo nodig neemt de arts-gezondheidsinspecteur contact op met andere binnenlandse, buitenlandse of internationale terzake bevoegde gezondheidsautoriteiten om gegevens te verzamelen, om gegevens uit te wisselen en om de verspreiding van de infecties tegen te gaan.

Art. 10.5 - § 1 - De arts-gezondheidsinspecteur of de onder zijn verantwoordelijkheid handelende beroepsbeoefenaar in de gezondheidszorg ontvangt de meldingen vermeld in artikel 10.2 en bewaart ze in een register in ongeacht welke vorm, ook in elektronische vorm.

De in de meldingen vermelde gegevens worden uitsluitend verwerkt voor de doeleinden bepaald in de artikelen 10.3 en 10.4.

Alleen de arts-gezondheidsinspecteur en de onder zijn verantwoordelijkheid handelende beroepsbeoefenaar in de gezondheidszorg mogen de in de meldingen vervatte persoonsgegevens verwerken. Ze zorgen voor de vertrouwelijkheid en de beveiliging van die gegevens.

Met inachtneming van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens waarborgen de personen vermeld in artikel 10.2, § 2, de vertrouwelijkheid en de beveiliging van alle persoonsgegevens waarvan ze kennis hebben op het ogenblik dat ze verzameld, doorgegeven en verwerkt worden.

§ 2 - Zodra de arts-gezondheidsinspecteur van oordeel is dat de maatregelen vermeld in de artikelen 10.3 en 10.4 niet langer noodzakelijk zijn, worden de inlichtingen waarmee de aan een besmettelijke ziekte lijdende personen geïdentificeerd en gelokaliseerd kunnen worden en die tot de melding geleid hebben of die betrekking hebben op personen die de melding gedaan hebben, gewist. Alleen de gegevens die van algemeen belang zijn om de profylactische maatregelen in de toekomst doeltreffender te maken, worden bewaard.

De door de arts-gezondheidsinspecteur bewaarde gezuiverde gegevens kunnen in voorkomend geval voor profylactische doeleinden verder verwerkt worden in statistieken.

§ 3 - De in de melding vervatte gegevens mogen, voor zover ze ter uitvoering van de maatregelen vermeld in de artikelen 10.3 en 10.4 noodzakelijk zijn, doorgegeven worden aan de burgemeester.

Art. 10.6 - Met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en met een geldboete van 25 euro tot 200 euro of met één van die straffen alleen worden gestraft:

1° alle personen die de meldingsplicht bedoeld in artikel 10.2 niet naleven of de melding verhinderen of belemmeren;

2° alle personen die geen gevolg geven aan de maatregelen bedoeld in artikel 10.3 of de uitvoering van deze maatregelen verhinderen of belemmeren;

3° alle personen die de uitoefening van de bevoegdheden bedoeld in artikel 10.4 verhinderen of belemmeren."

#### *Afdeling 2 - Bejaarden*

**Art. 2.** Artikel 1 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen, gewijzigd bij de decreten van 13 februari 2012, 22 februari 2016 en 13 december 2016, wordt aangevuld met een bepaling onder 11°, luidende :

"11° LGSI: lokale commissie ter behartiging van de belangen van bejaarden."

**Art. 3 -** Artikel 11 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt vervangen als volgt :

"Art. 11 - § 1 - Onder de voorwaarden bepaald in het kader van een overeenkomst met de inrichtende macht kan de Regering pilootprojecten ondersteunen voor een periode die beperkt is tot hoogstens drie jaar.

Pilootprojecten zijn innovatieve aanbiedingen op het gebied van de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden.

Drie maanden voor het verstrijken van de overeenkomst dient de inrichtende macht een evaluatie in bij het departement. De Regering beslist over de verdere ondersteuning van het project op basis van de evaluatie en van het advies van het departement en na een hoorzitting met de inrichtende macht.

§ 2 - De aanvraag om ondersteuning van een pilootproject wordt ter goedkeuring ingediend bij het departement en bevat de volgende gegevens :

1° de identiteit en het statuut van de dienst;

2° het bewijs dat er, rekening houdend met de geografische, demografische en socio-economische factoren, behoefte is aan het pilootproject;

3° 3° de gedetailleerde beschrijving van het project;

4° de timing van de verwezenlijking van het project;

5° de evaluatiecriteria met betrekking tot het project;

6° de kostenraming en het financieringsplan;

7° de beschrijving van de netwerkactiviteiten;

8° voor lokale projecten: een advies van de LGSI.

De Regering beslist binnen drie maanden na de indiening van de volledige aanvraag over de ondersteuning van het pilootproject of over de weigering van de aanvraag."

**Art. 4.** In artikel 12 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 2, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt vervangen als volgt :

" § 2 - De inrichtende machten van bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen ontvangen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een jaarlijks vaste subsidie voor de aankoop, de uitlening en het onderhoud van mobiliteitshulpmiddelen. De Regering bepaalt het bedrag en de nadere regels voor die subsidiëring vast."

2° in paragraaf 4 worden de woorden "in de §§ 1 en 2" vervangen door de woorden "in § 1".

**Art. 5.** In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk IV.1 ingevoegd, dat de artikelen 12.1 tot 12.4 bevat, luidende :

"Hoofdstuk IV.1 - Lokale commissies ter behartiging van de belangen van bejaarden

Art. 12.1 - De gemeenteraad van elke gemeente van het Duitse taalgebied installeert een LGSI en legt het huishoudelijk reglement van die commissie vast.

Art. 12.2 - § 1 - De LGSI bestaat uit :

1° een vertegenwoordiger van het gemeentecollege;

2° een vertegenwoordiger van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn van de gemeente;

3° een vertegenwoordiger van de adviescommissie voor bejaarden van de gemeente, voor zover die commissie bestaat;

4° een vertegenwoordiger per thuishulpdienst of inrichtende macht van een woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuur voor bejaarden of van een seniorenresidentie die op het grondgebied van de gemeente gevestigd is.

Voor elk in het eerste lid vermeld werkend lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

§ 2 - Tot de LGSI behoren ook met raadgevende stem :

1° een vertegenwoordiger van het departement;

2° één vertegenwoordiger van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

3° andere plaatselijke partners die belangrijk zijn voor de hulp aan bejaarden en die door de LGSI bij de beraadslagingen betrokken worden.

De Regering kan nog andere dienstverrichters aanwijzen die een raadgevende stem in de LGSI hebben.

Art. 12.3 - De vertegenwoordiger van het gemeentecollege zit de vergaderingen van de LGSI voor. De voorzitter organiseert die vergaderingen op eigen initiatief of op schriftelijk verzoek van een belangstellende en/of op schriftelijk verzoek van een potentiële inrichtende macht.

Een personeelslid van de gemeentediensten woont de vergaderingen van de LGSI bij en maakt onder de verantwoordelijkheid van de voorzitter de notulen op.

De Regering kan de verdere werkwijze nader bepalen.

Art. 12.4 - § 1 - Op verzoek van de Regering en binnen de door haar gestelde termijn of op eigen initiatief verstrekt de LGSI advies over de volgende punten :

1° de aanbevolen maatregelen die aan haar werden voorgelegd;

2° het stellen van prioriteiten in verband met de aanbevolen maatregelen om het aanbod voor bejaarden dicht bij huis te verbeteren, rekening houdend met de plaatselijke omstandigheden en het vaststellen van de kwantitatieve en kwalitatieve voorwaarden die daarvoor vervuld moeten zijn.

§ 2 - De LGSI geeft advies over alle nieuwe projecten of pilootprojecten inzake hulp aan bejaarden dicht bij huis op het grondgebied van de gemeente en bezorgt haar standpunt aan de Regering. Daartoe bezorgt de potentiële dienstverrichter alle daartoe nodige stukken vooraf aan de LGSI.

In het advies worden ten minste de volgende punten behandeld :

1° de behoefte aan het nieuwe initiatief voor hulp aan bejaarden, met inachtneming van de geografische, demografische en socio-economische omstandigheden;

2° het concept voor de hulp aan bejaarden;

3° het aantal personen dat met het project aangesproken wordt;

4° de mogelijke kostenbijdrage van de bejaarden;

5° het koppelen van de verschillende vormen van hulpverlening;

6° indien het advies niet unaniem is : een uiteenzetting van de verschillende standpunten.

De LGSI bezorgt haar advies aan de Regering binnen 90 dagen na ontvangst van de stukken van de potentiële inrichtende macht.

In afwijking van het eerste lid kan de Regering uitzonderingen bepalen waarin, op grond van de beperkte draagwijdte van de betrokken initiatieven, geen advies van de LGSI vereist is.

§ 3 - De Regering kan de LGSI nog andere taken opdragen."

**Art. 6.** Artikel 2, 11°, van het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten, opgeheven bij het decreet van 13 december 2016, wordt hersteld als volgt :

"11° LGSI: de lokale commissie ter behartiging van de belangen van bejaarden vermeld in hoofdstuk IV.1 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de senioren-residenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen."

**Art. 7.** Artikel 16, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt aangevuld met bepalingen onder 7° en 8°, luidende :

"7° de beschrijving van de netwerkactiviteiten;

8° voor lokale projecten: een advies van de LGSI."

#### *Afdeling 3 - Jeugdbijstand*

**Art. 8.** In artikel 4, § 1, eerste lid, van het decreet van 19 mei 2008 over de Jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming worden de woorden "ongeacht afkomst, geslacht, nationaliteit, godsdienstige, filosofische en politieke opvattingen" vervangen door de woorden "ongeacht de beschermde criteria vermeld in artikel 2 van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie".

**Art. 9.** Artikel 5, § 1, tweede lid, 7°, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

**Art. 10.** In artikel 16, § 4, van hetzelfde decreet wordt het woord "dagen" vervangen door het woord "werkdagen".

**Art. 11.** Artikel 20, § 2, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

"Opdrachten voor het waarborgen van de begeleidingsvormen vermeld in paragraaf 1 worden niet :

1° toegekend aan natuurlijke personen die belast zijn met de opvoeding van de jongere of onderhoudsplichtig zijn ten aanzien van de jongere;

2° toegekend aan rechtspersonen waarin de personen belast met de opvoeding van de jongere of de personen die onderhoudsplichtig zijn ten aanzien van de jongere een leidinggevende rol uitoefenen."

**Art. 12.** In artikel 32, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "werd afgesloten of bevolen" vervangen door de woorden "afgesloten, bevolen of in aansluiting daarop met toepassing van artikel 21 verlengd werd";

**Art. 13.** In artikel 33, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt de tweede zin aangevuld met de woorden : "en vanaf het 18e levensjaar van de jongere, overeenkomstig de met toepassing van artikel 21 goedgekeurde verlenging van de hulpverlening".

#### *Afdeling 4 - Gezinsbijslagen*

**Art. 14.** Artikel 1, vijfde lid, van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag, ingevoegd bij de wet van 25 januari 1999 en gewijzigd bij de wetten van 12 augustus 2000 en 28 april 2010, wordt vervangen als volgt :

"Het feit dat het kind krachtens de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie recht op maatschappelijke integratie heeft, sluit niet uit dat de aanvrager recht op gewaarborgde gezinsbijslag heeft."

### HOOFDSTUK 2. — *Culturele aangelegenheden*

#### *Afdeling 1 - Cultuur*

**Art. 15.** In artikel 2, tweede lid, van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007, wordt het bedrag "54,54 EUR" vervangen door het bedrag "78 euro".

**Art. 16.** In het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 2 maart 2015 en 22 februari 2016, wordt een hoofdstuk 3.1 ingevoegd, dat de artikelen 43.1 tot 43.3 omvat, luidende :

##### "Hoofdstuk 3.1 - Ondersteuning van literatuur

###### Art. 43.1 - Ondersteuningsprincipes

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering literatuurpublicaties ondersteunen.

De ondersteuning die nodig is voor het project bedraagt minstens 1.000 euro.

###### Art. 43.2 - Aanvraag

§ 1 - De aanvraag kan worden ingediend door natuurlijke personen en rechtspersonen van wie de literatuurpublicaties aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° de publicatie houdt op grond van de woonplaats van de auteur of op grond van het behandelde onderwerp inhoudelijk verband met de Duitstalige Gemeenschap;

2° de publicatie heeft een regionale en eventueel grensoverschrijdende draagwijdte;

3° de publicatie bezit kwaliteitskenmerken qua inhoud, taal, methode en vormgeving;

4° er kan bewezen worden dat voor voldoende publiekgerichtheid en voldoende distributie gezorgd wordt;

5° er wordt een degelijke financiële onderbouw en een degelijk zakelijk beheer met het oog op de publicatie gewaarborgd.

De volgende literatuurpublicaties komen niet in aanmerking voor ondersteuning:

1° de publicaties die op grond van een ander decreet van de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd kunnen worden;

2° de regelmatige publicaties.

###### § 2 - De aanvraag wordt ingediend bij de Regering.

De aanvraag wordt uiterlijk op 31 maart ingediend op het daartoe door de Regering vastgelegde formulier.

###### § 3 - Bij de aanvraag moeten de volgende documenten worden gevoegd:

1° het bewijs van het verband tussen de inhoud van de publicatie en de Duitstalige Gemeenschap en het bewijs van de regionale of eventueel grensoverschrijdende uitstraling ervan;

2° een samenvatting;

3° een biografie van de auteur;

4° een beschrijving van de geplande verspreiding;

5° een beschrijving van de geplande publiciteit;

6° een gedetailleerd overzicht van ontvangsten en uitgaven.

###### Art. 43.3 - Subsidie en aankoop van boeken

§ 1 - Nadat de ingediende stukken gecontroleerd zijn, kan de Regering literatuurpublicaties ondersteunen door :

1° een subsidie toe te kennen;

2° exemplaren van het boek aan te kopen na voltooiing van de publicatie.

Er kan geen subsidie worden toegekend voor literatuurpublicaties die al verschenen zijn. Alleen publicaties waarin verwezen wordt naar het feit dat ze met steun van de Duitstalige Gemeenschap tot stand zijn gekomen, kunnen overeenkomstig het eerste lid, 1°, gesubsidieerd worden.

§ 2 - De subsidie wordt berekend op basis van de nuttige uitgaven die rechtstreeks verband houden met het verschijnen van de literatuurpublicatie. In het formulier vermeld in artikel 43.2, § 2, tweede lid, bepaalt de Regering welke categorieën van nuttige uitgaven in aanmerking komen.

Voor de uitbetaling van de subsidie worden, binnen drie maanden na het verschijnen van de literatuurpublicatie, de volgende stukken ingediend:

- 1° een overzicht van de nuttige uitgaven;
- 2° een exemplaar van de publicatie.

Het bedrag van de subsidies kan vermenigvuldigd worden met een coëfficiënt om het aan de beschikbare begrotingsmiddelen aan te passen.

§ 3 - De als bewijsstuk ingediende facturen zijn voor kwijting getekend of gaan vergezeld van het rekeninguittreksel. Financiële bescheiden die gecertificeerd zijn door erkende boekhouders of erkende financiële controleurs kunnen ook als bewijsstuk gelden."

**Art. 17.** In artikel 47 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° het eerste lid wordt aangevuld als volgt:  
"In die oproep wordt de datum van de classificatie vastgelegd."
- 2° het tweede lid wordt opgeheven.

**Art. 18.** In artikel 48, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "uiterlijk op 30 november van het jaar dat aan de classificatie voorafgaat," vervangen door de woorden "uiterlijk negen maanden vóór de overeenkomstig artikel 47 vastgelegde datum".

**Art. 19.** In artikel 54 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° de woorden " - en voor het eerst in 2015 - " worden opgeheven;
- 2° het artikel wordt aangevuld als volgt :  
"In die oproep wordt de datum van de classificatie vastgelegd."

**Art. 20.** In artikel 55, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "uiterlijk op 30 november van het jaar dat aan de classificatie voorafgaat," vervangen door de woorden "uiterlijk negen maanden vóór de overeenkomstig artikel 54 vastgelegde datum".

#### *Afdeling 2 - Jeugd*

**Art. 21.** In artikel 6 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° de bepalingen van het huidige eerste tot derde lid worden paragraaf 1, eerste tot derde lid;
- 2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende :

"§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 kan de Regering ter ondersteuning van bijzondere projecten in het kader van de prioriteiten van het jeugdstrategieplan subsidie toekennen aan de volgende rechtspersonen :

- 1° instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° gemeenten van het Duitse taalgebied;
- 3° verenigingen zonder winstoogmerk;
- 4° voor de jeugd bevoegde overheidsinstanties van buiten het Duitse taalgebied."

**Art. 22.** Artikel 30, § 2, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

"De leden van het begeleidingscomité worden telkens aangewezen voor de duur van het lopende beheerscontract tussen de Regering en het Jeugdbureau."

#### *Afdeling 3 - Sport*

**Art. 23.** Artikel 24.1 van het sportdecreet van 19 april 2004, ingevoegd bij het decreet van 24 februari 2014 en gewijzigd bij het decreet van 2 maart 2015, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

"De subsidie vermeld in het eerste lid kan alleen worden aangevraagd door sportverenigingen en sportfederaties."

**Art. 24.** In artikel 28 van hetzelfde decreet wordt het woord "sportclubs" vervangen door de woorden "sportverenigingen en sportfederaties".

#### *Afdeling 4 - Media*

**Art. 25.** In artikel 15, eerste lid, van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 16 oktober 1995, worden de woorden "zijn voorzitter, of de directeur" vervangen door de woorden "zijn voorzitter, de directieraad en de directeur".

**Art. 26.** In het opschrift van hoofdstuk II, afdeling 2, van hetzelfde decreet worden de woorden "De Vaste Commissie" vervangen door de woorden "De directieraad".

**Art. 27.** De artikelen 17 tot 19 van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 16 oktober 1995, worden hersteld als volgt :

"Art. 17 - Het Centrum heeft een directieraad die uit minstens 3 en hoogstens 5 personen bestaat.

De Regering bepaalt de samenstelling en de werkwijze van de directieraad.



Art. 18. In het kader van de bevoegdheden die de Raad overeenkomstig artikel 15 overdraagt, neemt de directieraad alle beslissingen die noodzakelijk zijn voor de operationele leiding van het Centrum.

De taken vermeld in het eerste lid worden uitgeoefend onverminderd :

- 1° de bevoegdheden die de Raad overeenkomstig artikel 15 aan de directeur overdraagt;
- 2° de algemene leidinggevende bevoegdheid van de directeur bedoeld in artikel 27 en zijn verdere decretale taken;
- 3° de taken die de Regering aan de directieraad opdraagt op grond van artikel 102, § 1, eerste lid, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 19. De directieraad stelt een huishoudelijk reglement op en legt het ter goedkeuring voor aan de Regering.

In het huishoudelijk reglement worden in het bijzonder de volgende aspecten geregeld :

- 1° de bijeenroeping van de directieraad;
- 2° het vergaderritme;
- 3° het besluitvormingsproces in de directieraad;
- 4° het opstellen van de notulen;
- 5° de verdere informatieplichten."

**Art. 28.** Artikel 27, § 1, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 16 oktober 1995 en gewijzigd bij het decreet van 16 juni 2008, wordt vervangen als volgt :

"§ 1 - De diensten van het Centrum worden, onverminderd de bevoegdheden die de Raad overeenkomstig artikel 15 aan de directieraad overdraagt, onder het toezicht van de Raad door een directeur geleid."

**Art. 29.** In artikel 91 van het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen, gewijzigd bij het decreet van 2 maart 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid wordt de bepaling onder 4° vervangen door de volgende bepalingen onder 4° en 5°, luidende :

"4° personeelsleden en leden van de raad van beheer of van de leiding van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, van een aanbieder van mediadiensten of van een onderneming die elektronische communicatienetwerken, -apparaten of -diensten aanbiedt;

5° personen die functies uitoefenen in of aandelen hebben in een vennootschap of in een ander orgaan dat in het Duitse taalgebied inhoudelijk en/of technisch werkzaam is in de sector van de klankdiensten of audiovisuele media of elektronische communicatienetwerken, -apparaten of -diensten aanbiedt."

2° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

"Indien bij een lid van de beslissingskamer een belangenconflict bestaat omtrent een aangelegenheid waarover de beslissingskamer een beslissing moet nemen, mag dat lid niet deelnemen aan de beraadslaging en besluitvorming binnen de beslissingskamer. Die procedure wordt vastgelegd in het huishoudelijk reglement van de beslissingskamer."

### HOOFDSTUK 3. — *Onderwijs*

**Art. 30.** In artikel 2.2, eerste lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de woorden "Het centrum heeft vier lokale vestigingen; elke lokale vestiging wordt geleid door een persoon die 'hoofd van een lokale vestiging' is en ressorteert onder de directie" worden vervangen door de woorden "Het centrum heeft vier lokale vestigingen die geleid worden door personen die hoofd van een lokale vestiging zijn en die onder de directie ressorteren.";

2° het eerste lid wordt aangevuld met een zin, luidende :

"De raad van bestuur bepaalt het aantal hoofden van een lokale vestiging en wijst elk van hen één of meer lokale vestigingen toe. Er zijn hoogstens vier personen die 'hoofd van een lokale vestiging' zijn.

**Art. 31.** In artikel 6.2, 2°, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder *a*) wordt vervangen als volgt :

"a) coördinator Psychosociale Ontwikkeling;"

2° de bepaling onder *b*) wordt opgeheven.

**Art. 32.** In artikel 6.3, § 2, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt :

"1° coördinator Psychosociale Ontwikkeling : de bekwaamheidsbewijzen vermeld in § 1, 1°, *d*) tot *g*), en in § 1, 2°;"

2° de bepaling onder 2° wordt opgeheven.

**Art. 33.** In artikel 6.79 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt :

"2° het ambt van coördinator Psychosociale Ontwikkeling;"

2° de bepaling onder 3° wordt opgeheven.

**Art. 34.** In artikel 6.80 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden „1° tot 5°,” opgeheven;

2° in de bepaling onder 2° van hetzelfde lid wordt een bepaling onder c) ingevoegd, luidende :

“c) voor het ambt van hoofd van een lokale vestiging : ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad bezit;”

3° het tweede lid wordt opgeheven;

4° het derde lid, ingevoegd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt opgeheven.

**Art. 35.** Artikel 6.81 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

“Art. 6.81 - Oproep tot de kandidaten en sollicitatie

De oproep tot de kandidaten voor de ambten vermeld in artikel 6.79 wordt door de raad van bestuur bekendgemaakt in de pers, door aanplakking in het centrum en in elke andere passende vorm.

De oproep bevat het profiel dat voor het te bekleden ambt vereist wordt.

De sollicitatie wordt ingediend per aangetekende brief of via e-mail met ontvangstbewijs of via afgifte met ontvangstbewijs. Bij de sollicitatiebrief voegt de kandidaat minstens een kopie van de vereiste diploma's, het in artikel 596, tweede lid, van het Strafwetboek bedoelde uittreksel uit het strafregister dat niet ouder is dan zes maanden, een curriculum vitae en een motiveringsbrief.”

**Art. 36.** Artikel 6.82, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

“Hij baseert zich onder meer op de motiveringsbrief en een sollicitatiegesprek.”

**Art. 37.** In artikel 7.2 van hetzelfde decreet wordt het woord “vier” vervangen door het woord “drie”.

**Art. 38.** In artikel 7.5, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt het getal “36” vervangen door het getal “37”.

**Art. 39.** In titel 10 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt een artikel 10.9.1 ingevoegd, luidende :

“Art. 10.9.1 - Vermindering van het aantal betrekkingen in het ambt van coördinator

De aanwijzingen van de personen die op de dag vóór de aanneming van het programmadecreet 2017 van 20 februari 2017 in het ambt van coördinator Psychologie en in het ambt van coördinator Sociale Wetenschappen aangewezen zijn, worden van ambtswege door de raad van bestuur beëindigd met inachtneming van een opzeggingstermijn van drie maanden en met toepassing van de opzeggingsmodaliteiten vermeld in artikel 6.83, § 2, vijfde lid.”

**Art. 40.** In dezelfde titel wordt een artikel 10.9.2 ingevoegd, luidende :

“Art. 10.9.2 - Herstructurering in de leiding van de lokale vestigingen

Indien de raad van bestuur gebruik maakt van de mogelijkheid vermeld in artikel 2.2, eerste lid, en het aantal betrekkingen in het ambt van ‘hoofd van een lokale vestiging’ wijzigt, worden de aanwijzingen van de hoofden van een lokale vestiging van de geherstructureerde vestigingen van ambtswege beëindigd met toepassing van de opzeggingstermijn en de opzeggingsmodaliteiten vermeld in artikel 6.83, § 2, vierde en vijfde lid.”

#### HOOFDSTUK 4. — *Werkgelegenheid*

**Art. 41.** Artikel 339 van de programmawet (I) van 24 december 2002, vervangen bij de wet van 27 december 2012, wordt vervangen als volgt :

“Art. 339 - De Regering kan een doelgroepvermindering toekennen voor werkgevers die werknemers in dienst nemen die :

1° behoren tot de categorie 1 vermeld in artikel 330;

2° minstens 54 jaar oud zijn op de laatste dag van het kwartaal waarvoor de vermindering aangevraagd wordt;

3° een refertekwartaalloon ontvangen dat lager is dan de door de Regering bepaalde loongrens.

De Regering kan het forfaitaire bedrag en de subsidiëringsperiode van de doelgroepvermindering vastleggen met inachtneming van de beschikbare begrotingsmiddelen, de loonontwikkeling en de leeftijd van de werknemer vermeld in het eerste lid.

De Regering kan aanvullende voorwaarden voor de toekenning van de doelgroepvermindering vastleggen.”

**Art. 42.** Artikel 353bis/9, eerste lid, 1°, van dezelfde programmawet, ingevoegd bij de wet van 24 april 2014, wordt opgeheven.

**Art. 43.** Artikel 353bis/10 van dezelfde programmawet, ingevoegd bij de wet van 24 april 2014, wordt opgeheven.

**Art. 44.** Artikel 12 van het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I) betreffende de harmonisering en vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 21 januari 2004, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 5. — *Toerisme*

**Art. 45.** Het opschrift van hoofdstuk IV van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap wordt aangevuld met de woorden "en verenigingen voor vreemdelingenverkeer".

**Art. 46.** In artikel 11 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2.1, luidende :

" § 2.1 - De gemeenten ontvangen bovendien 7.000 euro voor de basissubsidiëring van de verenigingen voor vreemdelingenverkeer en soortgelijke verenigingen. Dat bedrag wordt als volgt onder de gemeenten verdeeld :

Amel : 1.400 euro

Büllingen : 750 euro

Burg-Reuland : 655 euro

Bütgenbach : 375 euro

Eupen : 280 euro

Kelmis : 280 euro

Lontzen : 1.300 euro

Raeren : 750 euro

Sankt Vith : 1.210 euro

Vanaf het begrotingsjaar 2018 worden deze bedragen jaarlijks aangepast aan het ontwikkelingspercentage."

2° in paragraaf 3 worden de woorden "§§ 1 en 2" vervangen door de woorden " §§ 1 tot 2.1".

**Art. 47.** In artikel 12 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 1, tweede lid, worden de woorden "en verenigingen voor het vreemdelingenverkeer" ingevoegd na het woord "bibliotheken";

2° in paragraaf 2, 6°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een bepaling onder 7°, luidende :

"7° het decreet van 17 februari 2003 betreffende de erkenning en bevordering van de verfraaiingscomités, verenigingen voor het vreemdelingenverkeer en van de koepelverenigingen ervan, alsmede van de informatiebureaus en informatiepunten, zoals van kracht op 31 december 2016."

HOOFDSTUK 6. — *Infrastructuur*

**Art. 48.** Artikel 5 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, gewijzigd bij de decreten van 21 maart 2005 en 17 maart 2008, wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

"Infrastructuurprojecten waarvoor de Regering overeenkomstig artikel 7, 1°, algemene maximumbedragen en maximumbedragen per meeteenheid vastgelegd heeft als basis voor de berekening van de infrastructuurtoelagen, komen niet in aanmerking voor subsidiëring op basis van dit decreet."

**Art. 49.** Artikel 24, § 2, derde lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 25 juni 2007 en 2 maart 2015, wordt opgeheven.

**Art. 50.** In artikel 36, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007, wordt het getal "39" vervangen door het getal "38bis".

**Art. 51.** In artikel 37, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007, wordt het getal "39" vervangen door het getal "38bis".

**Art. 52.** In artikel 38, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007, wordt het getal "39" vervangen door het getal "38bis".

**Art. 53.** Artikel 39.1, derde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt vervangen als volgt :

"De aanvrager dient een aanvraag om subsidie in bij de Regering; de Regering zendt deze aanvraag, na verificatie van de subsidiëeringsvoorwaarden vermeld in artikel 39, door aan de provincie. De provincie betaalt de subsidie rechtstreeks uit aan de aanvrager na voltooiing van de werkzaamheden, op basis van de bewijsstukken die de aanvrager bij de Regering heeft ingediend en die de Regering aan de provincie doorzendt."

HOOFDSTUK 7. — *Financiën en begroting*

**Art. 54.** In artikel 12, vijfde streepje, van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van Begrotingsfondsen worden de woorden "Fonds tot bescherming van het ongeboren leven" vervangen door de woorden "Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren".

**Art. 55.** In artikel 1 van het decreet van 17 januari 1994 houdende inrichting van bijkomende begrotingsfondsen van de Duitstalige Gemeenschap, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 1 worden de woorden "artikel 45 van de wet op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd door het koninklijk besluit van 17 juli 1991" vervangen door de woorden "artikel 56 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap";

2° paragraaf 2 wordt aangevuld met een bepaling onder 3.1, luidende :

"3.1 de leningen terugbetaald op grond van het koninklijk besluit van 23 maart 2012 tot oprichting van een Impulsfonds voor de huisartsengeneeskunde en tot vaststelling van de werkingsregels ervan;"

3° paragraaf 3 wordt aangevuld met een bepaling onder 1.1, luidende :

"1.1 de uitbetaling van de leningen toegekend op grond van het koninklijk besluit van 23 maart 2012 tot oprichting van een Impulsfonds voor de huisartsengeneeskunde en tot vaststelling van de werkingsregels ervan;"

HOOFDSTUK 8. — *Diverse bepalingen**Afdeling 1 - Niet-commerciële sector*

**Art. 56.** In artikel 65 van het programmadecreet 2013 van 25 februari 2013 worden de volgende wijzigingen aangebracht

1° paragraaf 1, eerste lid, wordt vervangen als volgt :

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt :

“2° in de jaren 2014-2016 537 euro per voltijds equivalente betrekking;”

3° er wordt een bepaling onder 3° ingevoegd, luidende :

“3° vanaf 2017 :

a) voor de ontwikkeling van de weddeschalen: 714,39 euro per voltijds equivalente betrekking;”

b) voor de erkenning van dienstjaren: 248,41 euro per voltijds equivalente betrekking;”

2° paragraaf 2, eerste lid, 3°, wordt vervangen als volgt:

“3° de instellingen voldoen aan de minimumvoorwaarden overeenkomstig de collectieve arbeidsovereenkomst van het paritair subcomité 329.02 van 18 februari 2013.”

3° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende :

“ § 3 - De subsidie vermeld in paragraaf 1, eerste lid, 3°, b), kan niet gevraagd worden voor werknemers voor wie de instellingen al een subsidie gekregen hebben op basis van een ander decreet van de Duitstalige Gemeenschap voor de erkenning van dienstjaren.

De subsidie vermeld in paragraaf 1, eerste lid, 3°, b), en andere voordelen kunnen alleen in aanmerking komen voor de subsidiëring als ze in het kader van een overeenkomst tussen de sociale partners vastgelegd werden en de Regering vooraf met de subsidiëring van die voordelen ingestemd heeft.”

*Afdeling 2 - Rechtsterminologie*

**Art. 57.** In het decreet van 19 januari 2009 houdende vaststelling van de regels van de Duitse rechtsterminologie wordt een artikel 7.1 ingevoegd, luidende :

“Art. 7.1 - De Regering wordt ertoe gemachtigd de terminologie in de geldende decreets- en wetsbepalingen in overeenstemming te brengen met de rechtsterminologie die op grond van dit decreet bindend is.”

*Afdeling 3 - Erediensten*

**Art. 58.** Artikel 29, § 1, eerste lid, 3°, van het decreet van 19 mei 2008 betreffende de materiële organisatie en de werking van de erkende erediensten wordt aangevuld met de woorden “en aan de goederen die overeenkomstig artikel 28, 1°, opbrengsten genereren”.

HOOFDSTUK 9. — *Slotbepalingen*

**Art. 59.** Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt bekendgemaakt, met uitzondering van :

1° artikel 29, dat uitwerking heeft met ingang van 11 juni 2015;

2° de artikelen 23, 24, 55 en 56, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2017;

3° artikel 4, dat in werking treedt op 1 juli 2017;

4° de artikelen 41 tot 44, die in werking treden op 1 januari 2018;

5° artikel 1 en de artikelen 30 tot 40 en de artikelen 45 tot 47, die in werking treden op de dag waarop dit decreet wordt aangenomen;

6° artikel 14, dat in werking treedt op de dag van de laatste bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad* van de inhoudelijk identieke bepaling door de andere entiteiten bevoegd voor gezinsbijslagen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 20 februari 2017.

O. PAASCH

De Minister-President

I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2016-2017

Parlementaire stukken: 155 (2016-2017) Nr. 1 Voorstel van decreet

155 (2016-2017) Nr. 2+3 Voorstellen tot wijziging

155 (2016-2017) Nr. 4 Verslag + Erratum

Integraal verslag: 20 februari 2017 - Nr. 37 Bespreking en aanneming